

# **Antiamerikanismus in den Maghrebstaaten (Libyen, Tunesien, Algerien, Marokko)**

*Hanspeter Mattes*

Aus: Sigrid Faath (Hrsg.): Antiamerikanismus in Nordafrika, Nah- und Mittelost. Formen, Dimensionen und Folgen für Europa und Deutschland, Hamburg 2003, 372 S., hier: S. 25-58; englische Ausgabe: "Anti-Americanism in the Islamic World", London: Hurst & Company, 2006

## **1. Einleitung**

„Antiamerikanismus“ und eine gegen „den Westen“ allgemein gerichtete Haltung ist in den Maghrebstaaten<sup>1</sup> von Marokko bis Libyen ein zwar virulentes, jedoch von Land zu Land differierendes und im historischen Zeitablauf unterschiedlich intensiv ausgeprägtes Phänomen. Dem tripolitanisch-amerikanischen Krieg von 1801-1805 und einer nahezu 200jährigen Tradition der Konfrontation zwischen den USA und Libyen<sup>2</sup> steht am entgegengesetzten Ende der Skala eine genauso weit zurückreichende Freundschaft basierend auf dem am 28. Juni 1786 vereinbarten und bis heute gültigen Freundschafts- und Friedensvertrag<sup>3</sup> zwischen Marokko und den USA gegenüber. Die Verschiedenartigkeit der Ausprägung des Phänomens Antiamerikanismus und antiwestliche Haltung findet zwangsläufig ihren Niederschlag in der Länge der länderbezogenen Ausführungen, die im Falle Libyens – dem facettenreichsten Beispiel – am umfangreichsten ausfallen.

Zur Zeit sind alle Maghrebstaaten mit Ausnahme Libyens zumindest auf Regierungsebene enge Partner der USA mit intensiver politischer Kooperation und en-

---

<sup>1</sup> Mauretanien wurde in den folgenden Ausführungen ausgespart, da für das Untersuchungsthema nur minimale Informationen zur Verfügung standen. Wie die anderen Maghrebstaaten ist die mauretanische Staatsführung, soweit es die finanz- und entwicklungspolitische Abhängigkeit des Landes vom Ausland zulässt, auf ihre Souveränität bedacht und damit bis zu einem gewissen Grad auch antiwestlich; im Kontext des sich ankündigenden Irakkriegs ist es von Seiten der mauretanischen Opposition zum Boykottaufruf amerikanischer, britischer und israelischer Waren gekommen (vgl. al-Hayat, London, 18.2.2003: al-mu'arada).

<sup>2</sup> Vgl. hierzu Mattes, Hanspeter: Der tripolitanisch-amerikanische Krieg 1801-1805 oder die Tradition der Konfrontation zwischen Libyen und den USA, in: Wuqûf, Hamburg, Band 3, 1989, S. 313-338.

<sup>3</sup> Vgl. zum Text des Vertrags und zur historischen Verortung detailliert Mattes, Hanspeter: 205 Jahre amerikanisch-marokkanischer Freundschafts- und Friedensvertrag, in: Wuqûf, Hamburg, Band 4-5, 1991, S. 417-426.

gen Wirtschaftsbeziehungen. Einzig Libyen, das nach wie vor wegen seinem angeblichen Streben nach Massenvernichtungswaffen trotz des inzwischen gelösten Lockerbiekonflikts US-Sanktionen unterliegt und immer noch auf der US-Liste der Terrorismus exportierenden Staaten steht, hat weder offizielle politische noch wirtschaftliche Kontakte; aber auch hier gilt, dass im Unterschied zur heftigen Konfrontation der 1980er Jahre<sup>4</sup> spätestens seit dem 11. September 2001 eine (überwiegend nachrichtendienstliche) Kooperation beider Staaten im Kampf gegen den Terrorismus von al-Qa'ida, aber auch anderer islamistischer Gruppen zustande gekommen ist, und die libysche Seite um eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen bemüht ist.

Auf staatlicher Ebene ist in allen Maghrebstaaten als Nachwirkung der blutig erkämpften Unabhängigkeit ein hohes Maß an Sensibilität für die Wahrung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Selbstbestimmung vorhanden, unabhängig davon, in welchem Ausmaß postkoloniale strukturelle Sachzwänge eine enge(re) Kooperation mit westlichen Staaten (in erster Linie Frankreich und die USA) opportun erscheinen ließen. Grundsätzlich gilt, dass die Bevölkerung der Maghrebstaaten Algerien, Libyen, Marokko und Tunesien Solidarität mit dem palästinensischen und irakischen Volk empfindet und in diesem Zusammenhang anti-amerikanische Positionen vertritt, die in Demonstrationen deutlich zum Ausdruck kommen; die Regierungen, die – mit Ausnahme Libyens – politische Rücksichten zu nehmen haben, drücken ihre Kritik an israelischer und amerikanischer Politik weitaus zurückhaltender aus.

Auf nichtstaatlicher Ebene sind im Verhalten gegenüber den USA und westlichen Staaten deutlich gruppenspezifische Unterschiede festzustellen: Während z.B. unter Islamisten in der Regel eine religiös begründete Antihaltung verbreitet ist, gelten die USA, Kanada oder westeuropäische Staaten unter (nichtislamistischen) arbeitslosen Jugendlichen als Eldorado und Ziel des Migrationswunsches; diese positive Haltung zu dem Land schließt eine massive Kritik und Antihaltung gegenüber der US-Politik im Nahen Osten nicht aus. Antiamerikanische und „amerikanische“ Positionen existieren folglich parallel.

## **2. Antiamerikanismus in Libyen**

Antiamerikanismus und antiwestliches Verhalten der libyschen Revolutionsführung seit der Machtergreifung am 1. September 1969 sind eng mit der Status-quo-Situation Ende der 1960er Jahre verbunden und Teil des vom Revolutionsregime

---

<sup>4</sup> Militärische Auseinandersetzungen im August 1981, September 1982; US-Angriff auf Tripolis und Banghazi im April 1986 als Vergeltung für den von libyschen Dienststellen ausgehenden Anschlag auf die Berliner Diskothek La Belle.

eingeleiteten ausgeprägten Kampfes für nationale Selbstbestimmung, der sich zwangsläufig in allen Politikbereichen: Inneres, Äußeres, Militär sowie im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich manifestierte. Der von Mu'ammār al-Qaddāfi, der charismatischen Führerfigur der *Septemberrevolution*, angeführte Kampf für nationale Selbstbefreiung und Selbstbestimmung erklärt sich zum einen aus der kolonialen Vergangenheit (italienische Herrschaft 1911-1943), von der u.a. die anhaltende Präsenz von italienischen Siedlern zeugte, zum anderen aus der fortgesetzten britisch-amerikanischen Dominanz des im Dezember 1951 unabhängig gewordenen Königreiches Libyen. Die Präsenz britischer und amerikanischer Militärstützpunkte in Libyen, darunter der zu seiner Zeit größte amerikanische Militärstützpunkt im Ausland, *Wheelus Air Base*, die Dominanz der britischen und amerikanischen Erdölfirmer, die Verwestlichung des öffentlichen Lebens (u.a. Bars, Kasinos, westliche Kleidungsitten, amerikanisches Fernsehprogramm) zumindest in Tripolis und Banghazi<sup>5</sup> verengten die libyschen Handlungsspielräume, so dass trotz formaler Unabhängigkeit diese nur als „verfälschte Unabhängigkeit“ (*istiqlāl mu-zayyaf*) apostrophiert wurde. Der unmittelbar nach der Machtübernahme im September 1969 einsetzende Kampf zur Selbstbestimmung war von der Zielrichtung her antikolonialistisch und antiimperialistisch, wegen der faktischen Konstellation (Militärbasen, Siedler, Erdölfirmer) aber primär antiamerikanisch, antibritisch und antiitalienisch.<sup>6</sup> Dieser revolutionäre „Anti-Kurs“ wurde indes nicht nur vom *Revolutionären Kommandorat* dekretiert und per Einzelmaßnahme durchgesetzt, sondern war durchaus populär, spiegelte das Volksempfinden wider und wurde von der Bevölkerung mitgetragen. Erst im Zuge der stärkeren Ideologisierung der libyschen Revolution ab 1972/1973 wurden Schritte der kulturellen Selbstbefreiung (u.a. die Zerstörung von westlichen Musikinstrumenten) eingeleitet, die in der Bevölkerung auf nur geringe Resonanz stießen und die Grenze antiwestlicher Ressentiments in Libyen aufzeigten.

## 2.1. Ausdrucksformen des libyschen Antiamerikanismus und der antiwestlichen Politik

---

<sup>5</sup> Vgl. zum Grad der Verwestlichung des öffentlichen Lebens in den großen Städten die sozialkritischen Karikaturen von Muhammad al-Zwawī in seinem Karikaturenband *al-wajh al-akhir* (Das andere Gesicht), der 1973 in Tripolis erschien; zahlreiche Beispiele finden sich auch in: Muhammad az-Zwawī. Ein libyscher Karikaturist vorgestellt von Faath, Sigrid/Mattes, Hanspeter/al-Warfallī, Ghayth, Scheessel 1984, bes. S. 131 ff.

<sup>6</sup> Hätte die Sowjetunion als eine der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs durch historische Umstände über einen Militärstützpunkt auf libyschem Territorium verfügt, wäre die libysche Aktion auch „antisowjetisch“ gewesen. Im vorliegenden Fall geht es also in der ersten Phase nicht um einen Antiamerikanismus per se, sondern nur um einen faktischen aufgrund der Umstände.

Die vom *Revolutionären Kommandorat* betriebene Politik der nationalen Selbstbefreiung war inhaltlich eine Politik der Zurückweisung jener Einflüsse und eine Aufhebung jener Maßnahmen, die im Widerspruch zum nationalen Erbe und der arabisch-islamischen Identität standen. Die Septemberrevolution verstand sich als Revolution, die sowohl Authentizität wiederherstellt als auch nationales Interesse<sup>7</sup> prioritär umsetzt. Dieses Revolutionsziel schlug sich je nach Politikbereich in verschiedenen Maßnahmen nieder und hatte ein unterschiedlich stark ausgeprägtes antiamerikanisches und antiwestliches Profil:

### **Bereich Militär**

Im militärischen Bereich waren es vor allem zwei Maßnahmen, die einen antiwestlichen bzw. antiamerikanischen Charakter hatten:

- Die Ausweisung der britischen Stationierungstreitkräfte und die Schließung der fünf britischen Basen in der Cyrenaika zum 28. März 1970 und
- die Schließung des US-Luftwaffenstützpunktes *Wheelus Air Base* bei Tripolis zum 11. Juni 1970.<sup>8</sup>

Hinzu kam die (bis heute anhaltende) Ablehnung von Militärbündnissen mit Drittstaaten, wenn die Selbstbestimmung der libyschen Streitkräfte nicht garantiert ist.

### **Bereich nationale Identität**

Die Verwestlichung von Staat und Gesellschaft einschließlich des öffentlichen Lebens unter der Sanusi-Monarchie (1951-1969)<sup>9</sup> hat gemäß dem Motto: *Die Septemberrevolution ist eine arabische und eine islamische Revolution*<sup>10</sup> umgehend zu einer ganzen Reihe von Dekreten des *Revolutionären Kommandorats* geführt, mit denen die arabisch-islamische Identität wiederhergestellt werden sollte und die in ihrer Wirkungsrichtung antiwestlich waren. Die ergriffenen Einzelmaßnahmen lassen sich in drei Hauptgruppen unterscheiden: erstens Maßnahmen, die auf den Bereich arabische Sprache abzielten, zweitens Maßnahmen mit Bezug zum religiösen Bereich und drittens Maßnahmen zur Stärkung der autochthonen kulturellen Wurzeln.

---

<sup>7</sup> In einer ersten Phase identisch mit „arabischem Interesse“.

<sup>8</sup> Diese antiwestliche/antiamerikanische Maßnahme wurde im Kontext des Kalten Kriegs zwangsläufig von den USA heftig kritisiert, weil sie einen De-facto-Vorteil für die sowjetische Seite in der Kräftebalance des Mittelmeerraums bedeutete. Die ab 1974 einsetzende Rüstungskooperation Libyens mit der UdSSR war der Beginn für den späteren Vorwurf, Libyen sein ein „proxy-Staat“ der UdSSR. Vgl. Matthes, Hanspeter: Die geopolitische Lage Libyens in Nordafrika: Determinante für (außen-)politisches Handeln?, in: Wuqûf, Hamburg, Band 9, 1995, S. 277-337.

<sup>9</sup> Vgl. als Eindruck den Roman von Annemarie Weber: Korso, Hamburg 1961.

<sup>10</sup> Thawrat al-fatih – thawra arabiya; thawrat al-fatih – thawra islamiya.

Einschneidend und offensichtlich war die noch am 1. September 1969 angeordnete rigide und bis heute umgesetzte Arabisierungspolitik, derzufolge nicht nur alle öffentlichen Hinweistafeln und Reklameschilder zu arabisieren sind, sondern auch alle administrativen Vorgänge ausschließlich in arabischer Sprache zu erfolgen haben und Pässe von Ausländern bei der Einreise eine arabische Übersetzung vorweisen müssen. Diese Maßnahme, die die internationale Kommunikation behindert(e), sollte nicht nur den neokolonialen Zugriff erschweren, sondern jene Provokation beseitigen, unter denen die Araber nach Ansicht Qaddafis zu leiden hatten:

„Persönlich empörte es (Qaddafi) zutiefst, dass (in den 1960er Jahren) die Militärausweise der Angehörigen der libyschen Streitkräfte in englischer Sprache ausgestellt waren, eine Provokation, die ihm als Diskriminierung der arabischen Sprache erschien. Hinter Erscheinungen dieser Art sieht er eine Strategie: die Kolonisten demonstrieren durch die Dominanz der europäischen Sprachen, dass die europäische Kultur, dass der Europäer überlegen sei und dass bei den Arabern nichts Gleichwertiges bestünde.“<sup>11</sup>

Parallel zur Arabisierungspolitik wurde der Fremdsprachenunterricht in Libyen eingeschränkt. blieb im Sekundarschulwesen der Englischunterricht erhalten, so mussten laut Dekret vom 5. Juni 1971 das *Tripoli College*, wo bis dahin der ganze Unterricht auf Englisch lief, sowie die ausländischen Kulturinstitute (darunter das Goethe-Institut) geschlossen werden. Aber selbst der rudimentäre Englischunterricht an den Schulen wurde zur Hochzeit des Konflikts mit den USA 1985/1986 ganz abgeschafft<sup>12</sup> und erst Jahre später wieder aufgenommen. Seit Ende der 1990er Jahre bahnt sich indessen eine langsame Anpassung an den öffentlichen Gebrauch von Englisch (und teilweise auch Französisch) an.

Die auch in Libyen Einzug haltende Informationsrevolution (E-mail; Internet) hat dazu geführt, dass libysche Einrichtungen wie die *Jamahiriya News Agency*, die *World Islamic Call Society*, die *Revolutionskomiteebewegung*, die *Gaddafi Charity Foundation* oder das *Grüne-Buch-Zentrum*<sup>13</sup> eigene Internetauftritte in

---

<sup>11</sup> Glasgow, Rainer: Bericht über eine Diskussion zur Rolle der ideologischen Systeme, zum Islam und zum Problem des Fortschritts in der arabischen Welt mit Mu'ammār al-Qadhafi, in: *Orient*, Opladen, Nr. 3, 1972, S. 147-152, hier S. 147.

<sup>12</sup> Vgl. *The Jordan Times*, Amman, 1.4.1986 (Libyan university closes English, French departments); im Mai 1986 folgte die Meldung, an den Gymnasien sei der Sprachunterricht in Russisch (d.h. der Sprache des Hauptverbündeten) aufgenommen worden.

<sup>13</sup> Das *Grüne Buch*, politische Handlungsanleitung der 1972/1973 von Qaddafi formulierten *Dritten Universalen Theorie*, war vom „Arabisierungsgesetz“ ausgenommen, insofern es weltweit als Instrument zur Propagierung des politischen Staatsmodells der *Sozialistischen Libyschen Arabischen Volks-Jamahiriya* dienen sollte. Das eigens zum Zweck der Ideologiediffusion gegründete *Weltzentrum zum*

Englisch erstellen und im Zuge der Öffnungspolitik auch gegenüber dem internationalen Tourismus seit 2001 erstmals wieder eine englischsprachige Zeitung (The Tripoli Mirror) in Libyen erscheint. Die Politik zur Revitalisierung der arabischen Sprache wurde durch eine gleichfalls rigorose Islamisierungspolitik ergänzt.<sup>14</sup> Neben symbolischen Maßnahmen wie der Umwidmung der katholischen Kathedrale am Jaza'ir-Platz in Tripolis in eine Moschee,<sup>15</sup> der Anordnung zum ausschließlichen Gebrauch des Hijra-Kalenders und der Anordnung des (bis heute gültigen) Alkoholverbots standen weitere Maßnahmen, die generell das islamische Erbe stärken sollten (forcierter Bau von Moscheen; Aufbau eines islamischen Rundfunksenders Radio Heiliger Koran; Durchführung von Koranrezitationswettbewerben usw.) zur Seite.

Ausgehend von der geistigen Verwurzelung der Septemberrevolution im Islam müssen sich die Libyer zum Schutz der islamischen Prinzipien – so Qaddafi in diversen Reden Anfang der 1970er Jahre – auf die eigenen kulturellen Werte rückbesinnen. In der Gesetzgebung schlug sich dies in der teilweisen Wiedereinführung der Scharia, im Bildungswesen durch eine an den Idealen des Islam und der *Dritten Universalen Theorie* ausgerichteten Neugestaltung des Curriculums, im Wirtschaftssystem durch Maßnahmen zur Verwirklichung der im Koran beschriebenen sozialen Gerechtigkeit und politisch durch die im Koran (Sure 42) geforderte öffentliche Beratung und Beteiligung des Volkes am Entscheidungsfindungsprozess (d.h. Ablehnung eines westlichen Demokratiemodells und Errichtung von Basisvolkskonferenzen ab 1975) nieder. Diese von Qaddafi in seiner Eigenschaft als Revolutionsratsvorsitzender deklarierten Maßnahmen wurden 1972/1973 in das

---

*Studium und zur Erforschung des Grünen Buches* (kurz: Grünes-Buch-Zentrum) hat seit der Arbeitsaufnahme 1981 das *Grüne Buch* in weit über 50 Sprachen übersetzen lassen. Vgl. Mattes, Hanspeter: Das Grüne Buch-Zentrum/Tripolis, in: Wuqûf 1, Hamburg 1986, S. 83-147.

<sup>14</sup> Die Islamisierungspolitik hatte insbesondere im schwarzafrikanischen Raum eine ausgeprägt antichristliche Komponente, insofern Evangelisierung und Kolonialismus/Imperialismus als zwei Seiten derselben Medaille gesehen wurden; demgegenüber bringe der Islam die Befreiung der Menschen, der Islam sei ein Instrument im Kampf gegen „westernization and cultural invasion“. Vgl. hierzu ausführlich eine Analyse der libyschen Missionszeitschrift *Risalat al-jihad* in: Mattes, Hanspeter: Die innere und äußere islamische Mission Libyens, München/Mainz 1986, 404 S., bes. S. 93/94 (Jihad und Kampf gegen den 10. Kreuzzug), S. 106 (Qaddafi und seine Haltung gegenüber dem Christentum), S. 338 ff. (Dokument: „Christliche Institutionen führen Kreuzzug gegen den Islam“). Gerade dieser letztgenannte Aspekt findet seit dem 11. September 2001 eine Neuauflage, weil – so die libysche offizielle Sicht – der Westen seinen Kreuzzug gegen den Islam fortsetze, indem er Islam und Terrorismus gleichsetze. Vgl. hierzu die Protestpredigt in libyschen Moscheen am 21. Juni 2002 (BBC, London, 22.6.2002: Friday preacher criticizes west for waging anti-Islamic campaign).

<sup>15</sup> Daneben wurde für die (kleine) christliche Gemeinde der Neubau von Kirchen enorm erschwert.

sich sukzessiv herausbildende ideologische Konzept der *Dritten Universalen Theorie* integriert.

### **Kultureller Bereich**

Der kulturelle Bereich war von Anfang an in den Prozess der Selbstbefreiung einbezogen,<sup>16</sup> doch dominierten zu Beginn der 1970er Jahre zunächst die Bereiche Militär, „nationale Identität“ und Wirtschaft. Den Wendepunkt brachte die Volksrevolution. Im Rahmen der von Qaddafi mit der programmatischen Rede von Zuwara am 15. April 1973<sup>17</sup> eingeleiteten Volksrevolution bildete insbesondere die Kulturrevolution (*al-thawra al-thaqafiya*) einen der propagierten fünf Punkte und stellte neben der Verwaltungsrevolution, die die Gründung der direktdemokratischen Volkskomitees brachte, diejenige Komponente mit den tiefgreifendsten Folgen dar.

Qaddafi postulierte in dieser Rede, dass das Denken der Revolution vom 1. September dem Islam, der „ewigen Botschaft“ und „dem Buch, das vom Himmel herabkam“ (Koran), entspringt: „Wir halten am Buch Gottes fest und ich glaube nicht, dass es irgendeine andere Theorie gibt, die an das Niveau des göttlichen Buches heranreicht. Solange wir dem Denken vertrauen, das sich in unseren Händen befindet, ist es notwendig, in den kulturellen Kampf einzutreten, einen Kulturkampf, in dem ich alle schädlichen Bücher verbrennen und zerreißen werde (...), die importierten Bücher, die die Jugend ihres Verstandes berauben und sie (geistig) umherirrend macht. Ich werde eine Revolution beginnen, die die Bibliotheken, die Universitäten, die Lehrpläne und alle Dinge, die geschrieben sind, einbezieht. Es ist notwendig, ich sage es mit aller Deutlichkeit, dass wir jedes verfälschte Denken verbrennen und nur das wahre Denken des Menschen, das aus dem Buch Gottes entspringt, bestehen lassen.“<sup>18</sup> Die Stärkung der autochthonen kulturellen Wurzeln hat folglich mit Beginn der Volksrevolution 1973 deutlich an Profil gewonnen, wobei es enge Verbindungen zu den Bereichen Arabisierung und Islamisierung

---

<sup>16</sup> Z.B. wurden im Bereich Archäologie ausländischen Archäologen die Grabungslizenzen entzogen („libysche Kontrolle der nationalen Altertümer“) und erst Ende der 1980er Jahre wieder mehr Offenheit demonstriert. Vgl. *The Jordan Times*, Amman, 15.11.1987 (Libya slowly reopening doors to foreign archaeologists).

<sup>17</sup> Vgl. zum politischen Kontext und Details: Mattes, Hanspeter: *Die Volksrevolution in der SLAVJ*, Heidelberg 1982, bes. S. 367-383 (Die Kulturrevolution).

<sup>18</sup> Eigene Übersetzung, in: ebenda, S. 367-368. Diese Aussage Qaddafis wurde von der libyschen Presse und in zahlreichen Publikationen aufgegriffen. In allen Kommentaren wurde Zustimmung zur qaddafischen Zurückweisung aller nicht autochthonen Kultur (politisch der verschiedenen Staatstheorien, ökonomisch des Kapitalismus und Kommunismus, kulturell der atheistischen philosophischen Ideen westlicher Lebenshaltung) deutlich zum Ausdruck gebracht.

gab. Die Kulturpolitik unter dem Motto „Rückkehr zum Ursprung“ (al-*auda ila l-asl*) konkretisierte sich in einer speziellen Förderung des arabischen Kunsthandwerks (Gründung der Kunstschule für islamisches Handwerk in Tripolis), der arabischen Kalligraphie (Gründung des Ibn Maqalla-Instituts in Tripolis), in der Unterstützung der klassischen arabischen Musik, der Förderung einheimischer Kleidung, der Unterstützung des klassischen arabischen Theaters oder einer bewusst auf die eigene Entwicklung zurückgreifenden, entkolonialisierten Geschichtsschreibung.<sup>19</sup> Diese Rückbesinnungspolitik verlief allerdings nicht nur friedlich im Sinne einer Förderung traditioneller Ansätze, sondern wies im Rahmen des immer stärker propagierten Kampfes gegen den „kulturellen Kreuzzug des Westens“ (al-*ghazu al-thaqafi*)<sup>20</sup> teilweise auch aggressive Züge gegen Bestehendes auf. So ist es 1985 im Kontext der eskalierenden Auseinandersetzungen mit den USA zu gezielten Akten der öffentlichen Zerstörung westlicher Musikinstrumente gekommen,<sup>21</sup> ohne dass damit jedoch die Attraktivität westlicher Musik bei den Jugendlichen unterbunden werden konnte. In den 1990er Jahren hat dann im Zeichen von Satellitenfernsehen, dessen Empfang von offizieller Seite nicht eingeschränkt wurde, die „revolutionäre Musikpolitik“ stillschweigend einer pragmatischen Akzeptanz westlicher Musik Platz gemacht.

### **Wirtschaftssektor**

Die Politik der nationalen Selbstbestimmung hat schließlich auch im Wirtschaftssektor ihre Spuren hinterlassen. Analog zur Ausweisung der ausländischen Militärs wurden im Oktober 1970 die noch im Lande lebenden letzten 70.000 Mitglieder der italienischen Siedlungskolonie des Landes verwiesen und die wenigen Unternehmen im ausländischen Besitz (u.a. Barclay's Bank) verstaatlicht. Die Erlangung der Kontrolle über die bislang ausschließlich von ausländischen (amerikanischen und britischen) Firmen betriebene Erdölförderung erfolgte im Zuge der gesamtarabischen Erdölrevolution insbesondere im Kontext des Oktoberkriegs 1973, wo Li-

---

<sup>19</sup> Vgl. hierzu zum arabischen Raum übergreifend sowie zu Libyen die verschiedenen Beiträge in: Wuqūf 3 (Geschichtsschreibung und Identität), Hamburg 1989, 408 S.

<sup>20</sup> Der „kulturelle Kreuzzug des Westens“ hat nicht nur in Libyen, sondern im ganzen arabischen Raum eine Fülle von Literatur hervorgebracht. Besonders engagiert hat sich in den 1980er Jahren in dieser Hinsicht der von Libyen maßgeblich finanzierte *Nationalrat für arabische Kultur* (al-majlis al-qawmi lil-thaqafa al-arabiya); vgl. z.B. dessen Publikation: *al-ghazu al-thaqafi*, Paris 1984, 160 S. Mit dem Aufbau eigener Auslandsrundfunk- und Informationsprogramme und Ende der 1990er Jahre eines eigenen Satellitenfernsehens sollte dem „kulturellen Kreuzzug“ zumindest im Medienbereich entgegenge- wirkt werden.

<sup>21</sup> Vgl. Details in: Kuwait Times, Kuwait, 4.6.1985 (Libya burns “western culture”); Jamahiriya Mail, Tripolis, 22.6.1985 (“Burning” to purify Arabic music).

byen mit seiner aggressiv vertretenen Preissteigerungs- und Produktionsbeschränkungspolitik zur Maximierung der libyschen Erdöleinnahmen und zur Durchsetzung der libyschen Erdölinteressen eine ausgesprochene Falkenpolitik betrieb.<sup>22</sup> Die libysche Politik der Kontrolle über seine Wirtschaftsressourcen wie auch die seit 1975 von der libyschen Revolutionsführung betriebene Politik der Einengung immer weiterer Wirtschaftsbereiche zugunsten von staatlichen Monopolunternehmen ließ für ausländische Unternehmen außerhalb von Kontraktaufträgen keinerlei Möglichkeit mehr für eine nach kapitalistischen Methoden funktionierende investive Tätigkeit.<sup>23</sup> In diesem Kontext war klar, dass amerikanische Firmen wie *McDonalds* oder *Coca-Cola*, die im Rahmen ihrer globalen Expansionsbestrebungen auch den libyschen Markt bedienen wollten, nicht zum Zuge kamen.

### Zwischenbilanz

Diese skizzierte Politik der nationalen Selbstbefreiung/Selbstbestimmung hat nicht nur die gesellschaftliche Orientierung bestimmt, sondern zwangsläufig auch die konkrete Ausgestaltung der Außenpolitik und damit auch die Beziehungen zu den USA und den europäischen Staaten maßgeblich beeinflusst. Zwei der drei Begriffe des Revolutionsrats von 1969 (Freiheit, Sozialismus, Einheit), nämlich *Einheit* (ursprünglich von der Intention her: „arabische Einheit“)<sup>24</sup> und *Freiheit*, haben dabei die außenpolitische Aktion deutlich geprägt und sind auch heute noch unterschwellig wirksam, selbst wenn sie nicht mehr so propagandistisch eingesetzt werden wie in den 1970er und 1980er Jahren.

Speziell das revolutionäre „Freiheitspostulat“ wurde als außenpolitisches Handlungsmotiv wirksam. So sehr sich die Revolutionsführung der Umsetzung der nationalen Selbstbefreiung verschrieb, so wenig verlor sie dabei den internationalen Aspekt, d.h. die Aufgabe, den Prozess der nationalen Selbstbefreiung anderer Staaten und den Befreiungskampf unterdrückter Völker moralisch-ideell, finanziell und materiell (Waffen) zu unterstützen, aus den Augen. Legitimiert wurde dieses Vor-

---

<sup>22</sup> Diese Politik folgte der ab 1975 massiv propagierten Losung: Macht, Reichtümer und Waffen in die Hände des Volkes (al-sulta wal-tharwa wal-silah fi yad al-sha'b).

<sup>23</sup> Erst im Zuge der Ausarbeitung des *Economic and Social Project Plan 2002-2006* ist es in Libyen zur Diskussion darüber gekommen, wie ausländische Firmen mit Investitionen nach Libyen gebracht werden können.

<sup>24</sup> Einheit wird von der Revolutionsführung als Synonym für Stärke gebraucht; nur bei politischer Einheit (der Araber, der Afrikaner) sei die Selbstbefreiung der arabischen bzw. afrikanischen Staatenwelt vom Kolonialismus, Imperialismus, heute: US-Unilateralismus möglich, seien Dominanzversuche Dritter abzuwehren. Das Engagement der Libyer für die arabische Einheit in zahlreichen wechselnden Bündnissen (u.a. Ägypten, Sudan, Syrien, Tunesien) nach 1969 bzw. seit Mitte der 1990er Jahre zugunsten der *Afrikanischen Union* ist ein direktes Resultat dieses Glaubens an Einheit=Stärke.

gehen, dessen Wirkungsrichtung in der Regel die westliche Welt war,<sup>25</sup> durch die von Qaddafi in vielen Reden postulierte „Unteilbarkeit der Freiheit des Menschen“. Als Konsequenz dieser Auffassung hat die Revolutionsführung bereits kurz nach der eigenen Machtübernahme 1969 begonnen, andere Befreiungsbewegungen zu unterstützen, deren Spektrum tatsächlich von den palästinensischen Befreiungsbewegungen über die Polisario, Swapo, Frolinat, die Eritreische Befreiungsfront, SPLA, Frelimo und MPLO, die Morobewegung auf den Philippinen bis zu den Black Muslims in den USA, dem American Indian Movement oder der IRA reicht.<sup>26</sup> Intensität, Dauer und Umfang der Unterstützung können allerdings nicht verallgemeinert werden, weil die Beziehungen zwischen Libyen und jeder einzelnen Befreiungsbewegung bzw. die Unterstützung Libyens für bestimmte Regierungen/Staaten eingepasst waren in den übergeordneten Rahmen libyscher Außen- und Sicherheitspolitik.

Offensichtlich war, dass diese Politik (ab 1975 um die Teilkomponente Ideologieexport erweitert) schnell mit den Interessen der USA, aber auch Frankreichs und Großbritanniens kollidierte. In dem Maße, in dem sich das libysche Handlungsmuster (Kooperation mit radikalen palästinensischen Organisationen; Kooperation mit der IRA; Einsatz terroristischer Mittel gegen die USA<sup>27</sup> usw.), aber auch die Gegenaktion der USA radikalisierte bzw. verschärfte, kam es zu eskalierenden und gegenseitigen Provokationen,<sup>28</sup> die insbesondere die Konfrontation zwischen Liby-

---

<sup>25</sup> Erinnert sei daran, dass zu Beginn der libyschen Revolution in Afrika noch portugiesische Kolonien existierten und bis in die 1990er Jahre in Südafrika das Apartheidregime herrschte.

<sup>26</sup> In Libyen war man vor allem Anfang der 1980er Jahre, wo dank hoher Erdöleinnahmen der außenpolitische Aktivismus („Revolutionsexport“) besonders ausgeprägt war, stolz darauf, das „Mekka aller Revolutionäre“ zu sein. In diesem Kontext erfolgte auch im März 1986 die Veranstaltung einer Konferenz (International Conference for Combatting Imperialism, Zionism, Racism and Fascism), auf der die 700 versammelten Organisationen aus der ganzen Welt Qaddafi zum *Leader of world revolution of progressive forces* erklärten.

<sup>27</sup> Die USA waren allerdings nur einmal direkte Zielscheibe einer libyschen Terroroperation, nämlich im Falle des Anschlags auf die Berliner Diskothek La Belle (vgl. [www.labelletrial.de](http://www.labelletrial.de)) am 5. April 1986; im Gegensatz zum Anschlag auf die französische UTA-Maschine über dem Niger am 19. September 1989 ist die Verwicklung Libyens in den Anschlag auf die PanAm-Maschine über dem schottischen Lockerbie am 21. Dezember 1988 – geschweige denn die alleinige Urheberschaft Libyens für den Anschlag – trotz des inzwischen erfolgten Prozesses und der Verurteilung eines der beiden Angeklagten nicht restlos geklärt und die libysche Verantwortung offen. Vgl. St. John, Ronald Bruce: The terrorism problem in Libyan-American relations: past and future, in: Middle East Institute, Washington D.C. (Policy briefs), 30.4.2002.

<sup>28</sup> Ein Beispiel hierfür sind die in den 1980er Jahren unter Präsident Reagan explizit durchgeführten US-Flottenmanöver im Golf von Sirt, den die libysche Revolutionsführung entlang der Linie Misurata-Banghazi zu libyschem Territorialgewässer deklariert hatte.

en und den USA anheizten. Die USA setzten folglich Libyen am 4. Februar 1977 auf ihre Liste der „potential enemies of the USA“, später unter Präsident Reagan auf die Liste der den internationalen Terrorismus fördernden Staaten bei gleichzeitig ab Mai 1981 einsetzender Verschlechterung der bilateralen Beziehungen (die US-Regierung ordnete die Schließung des libyschen Volksbüros an), die am 15. April 1986 mit der Bombardierung von Tripolis und Banghazi ihren bisherigen Höhepunkt fanden.<sup>29</sup>

Für die libysche Seite – sowohl die Presse als auch die Mehrzahl der Bevölkerung – waren spätestens seit Ende der 1970er Jahre die USA „the enemy No. 1 of the Arabs“ (Jamahiriya Mail), der „Hort der Reaktion“ und der „Anführer des kreuzzüglerischen Vernichtungsfeldzugs“ nicht nur gegen Libyen, sondern gegen die arabische Nation schlechthin – ein Duktus, der sich zunehmend seit dem 20. März 2003, dem Beginn der „amerikanisch-britischen Aggression gegen den Irak“, wiederfindet. Die antiamerikanische (wie antiwestliche) Politik der libyschen Revolutionsführung ist trotz aller Eskalation allerdings nie eine unverrückbare, dogmatische Politik gewesen, sondern war stets politikbezogen und kritisierte nur Einzelmaßnahmen amerikanischer Politik gegenüber Libyen oder der arabischen Welt, die aus nationaler libyscher Sicht gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker verstieß.

Neben zahlreichen Reden Qaddafis<sup>30</sup> verdeutlichen besonders zwei Interviews des libyschen Revolutionsführers vom Januar 2003 diese grundsätzliche Auffassung. Gab am 12. Januar 2003 Qaddafi in einem Exklusivinterview mit der *Washington Post* den USA den Rat, ihre Außenpolitik zu überprüfen,<sup>31</sup> folgte am 11.

---

<sup>29</sup> Zum Verlauf der libysch-amerikanischen Beziehungen und zur Geschichte der Konfrontation vgl. Mattes, Hanspeter: Die militärische Konfrontation zwischen Libyen und den USA 1986. Zur Genese des Konflikts mit seinen internationalen Auswirkungen, Hamburg 1986, 322 S.; Haley, Edward P.: Qaddafi and the United States since 1969, New York 1984, 365 S.; St. John, Ronald Bruce: Libya and the United States. Two countries of strife, Philadelphia 2002, hier S. 121 ff. (Reagan agonists; U.S.-Libyan relations in the post-cold war era). Aus spezifisch libyscher Sicht vgl. den Überblick des World Islamic Peoples Leadership: The campaign against Libya, Tripolis 1999, 11 S. (Text abrufbar im Internet unter: [www.wipl.org/tcal.htm](http://www.wipl.org/tcal.htm)). Vgl. auch das Interview Qaddafis vom Dezember 1999, wo er deutlich diese Kausalität herstellte: „L'Amérique mène une politique terroriste dans le monde, veut être le policier du monde, et mettre tout le monde sous sa tutelle, son influence, son hégémonie et les gens refusent catégoriquement cela.“ (L'Orient-le Jour, Beirut, 22.12.1999: La politique US à l'origine des menaces).

<sup>30</sup> Vgl. für die einschlägigen Reden Qaddafis mit Kritik an der „Yankee-Mentalität“, der „Weltpolizistenrolle“ usw. Mattes, Hanspeter/Faath, Sigrid: Libyens Streben nach Wiedererlangung des vollen außenpolitischen Handlungsspielraums, Hamburg 2000 (Wuqûf-Kurzanalysen. 10), bes. S. 15-16.

<sup>31</sup> Qaddafi: „I want to give advice to America. The American policy should be reviewed.“ (vgl. Das ganze Interview in: [www.washingtonpost.com](http://www.washingtonpost.com), 12.1.2003).

März 2003 in einem Interview mit der französischen Tageszeitung *Le Figaro* eine Korrelation zwischen der Radikalisierung der Völker und der amerikanischen Außenpolitik.<sup>32</sup> Implizite Aussage: Die USA haben es selbst in der Hand, Anti Amerikanismus in der Welt abzubauen.

## 2.2. Träger und Ausdrucksformen des Anti Amerikanismus

Träger und Ausdrucksformen des Anti Amerikanismus stehen in einem Wechselverhältnis zueinander, sind doch z.B. die anti amerikanisch inspirierten militärischen Auseinandersetzungen im Golf von Sirt oder die gegen die tschadisch-französischen Streitkräfte im Tschad Anfang der 1980er Jahre auf Einheiten der bewaffneten Streitkräfte beschränkt geblieben wie auch die Protestaktionen gegen die US-Botschaft in Tripolis im Dezember 1979<sup>33</sup> eher von (studentischen) Mitgliedern der Revolutionskomiteebewegung getragen wurden. In welchem Umfang die *islamistischen* Gruppen Libyens<sup>34</sup> eine genuin anti amerikanische/anti westliche Position einnehmen, ist schwierig zu erfassen; wenngleich analog zu islamistischen Gruppen in anderen arabischen Staaten eine solche Haltung zu vermuten ist, so ist doch das schriftliche Material der libyschen Islamisten, das eine solche Haltung nachweisen würde, sehr beschränkt und Aktionen – selbst wenn sie intendiert wären – in Libyen aufgrund der politischen Konstellation unmöglich. Islamismus als Ausdrucks- und Mobilisierungsform für Anti Amerikanismus ist in Libyen praktisch nicht existent.

Eine breitere Protestbewegung mit anti westlicher Tendenz, die alle sozialen Schichten des Volkes umfasst, hat es nur in Ausnahmefällen gegeben, u.a. bei den Demonstrationen im April 2002 nach den Auseinandersetzungen um das palästinensische Flüchtlingslager Jenin, oder im März 2003 im Zusammenhang mit der artikulierten Ablehnung des Kriegs im Irak. Alle Aktionen erfolgten allerdings im sicherheitspolitisch rigide kontrollierten Libyen nicht spontan, sondern nur nach entsprechenden Aufrufen durch Qaddafi/die Revolutionsführung bzw. durch ent-

---

<sup>32</sup> Vgl. das Interview Qaddafis in: [www.libyen-news.de/interview\\_gaddafi\\_am\\_11\\_maerz\\_2003.htm](http://www.libyen-news.de/interview_gaddafi_am_11_maerz_2003.htm); Arabicnews.com, 12.3.2003 (Qathafi: US Policy is radicalizing people).

<sup>33</sup> Anlass für die Stürmung der US-Botschaft am 2. Dezember 1979 und ihre teilweise Zerstörung war die Solidarität mit Ayatollah Khomeini/der Iranischen Revolution.

<sup>34</sup> Die libysche Revolutionsführung betreibt eine dezidiert anti islamistische Politik (vgl. Mattes, Hanspeter: Qaddafi und die islamistische Opposition. Zum Verlauf eines Konfliktes, Hamburg 1995, 148 S.); insbesondere die islamistischen Gruppen, die Anfang der 1990er Jahre durch libysche Afghankämpfer gegründet wurden wie z.B. die *Harakat al-shuhada' al-islamiya* oder die *Jama'a al-islamiya al-muqatila* und bewaffnete Aktionen gegen den libyschen Staat ausführten, wurden massiv verfolgt und gelten heute als zerschlagen; Restmitglieder halten im Ausland eine virtuelle Internet-präsenz aufrecht.

sprechende Organisationen wie in der Vergangenheit (1971-1975) die *Arabisch-Sozialistische Einheitspartei* und seit 1977 die *Revolutionskomiteebewegung*. Die Ausdrucksformen antiamerikanischer/antiwestlicher Aktionen sind dabei genauso vielfältig wie die Anlässe, die sie provozierten. Beispiele sind u.a.

- *Juli 1970 bis Februar 1974*: Libyen nationalisiert die Zweige der amerikanischen (und britischen) Ölfirmen, die im Lande aktiv sind.
- *16. Juni 1972*: Qaddafi ruft in einer Rede im Kontext des sich verschärfenden Palästinakonflikts alle gläubigen Muslime und patriotischen Araber zum Kampf gegen die USA auf.
- *8. Juni 1973*: Libyen weist US-Diplomat aus, weil in seinem Pass die arabische Übersetzung fehlt.
- *2. Dezember 1979*: Libysche Demonstranten, die ihre Unterstützung für Ayatollah Khomeini bekunden, stürmen die US-Botschaft in Tripolis und setzen sie teilweise in Brand. (Die USA schließen ihre Botschaft am 6. Februar 1980 definitiv, nachdem libysche Demonstranten wegen der Entwicklungen im Tschad die französische Botschaft besetzen.)
- *18. April 1980*: Qaddafi ruft zum Ölembargo gegen die USA und diejenigen Länder auf, die Israel unterstützen.
- *März 1986*: Im Kontext der eskalierenden Auseinandersetzungen zwischen Libyen und den USA ruft die *Allgemeine Volkskonferenz* (das höchste legislative Organ) zur Gründung von Selbstmordkommandos zum Angriff auf amerikanische und israelische Interessen weltweit auf;
- *5. April 1986*: Anschlag auf Berliner Diskothek La Belle.
- *1992-1999*: Libyen mobilisiert gegen die USA und ihre Rolle im UNO-Sicherheitsrat alle Kräfte, um den UNO-Sanktionsbeschluss gegen Libyen (wegen dem Lockerbieanschlag) zu annullieren.
- *13. Oktober 2002*: Organisierte Massenproteste gegen die neuerliche „amerikanisch-zionistische Beleidigung der arabischen Nation“ (als Reaktion auf den Beschluss des US-Kongresses zur Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem).
- *21. Juni 2002; 21. und 28. Februar 2003*: Als Reaktion auf die Entwicklung in den Palästinensischen Autonomiegebieten Aufrufe der Freitagsprediger in den Moscheen an die Gläubigen, gegen „die Kreuzzügler und Zionisten als Feinde des Islam zu kämpfen“.<sup>35</sup>

---

<sup>35</sup> Vgl. BBC, London, 22.6.2002 (Libya: Friday preacher criticizes west for waging anti-Islamic campaign); zum Februar 2003 vgl. Text in: BBC, 22.2.2003 (Libyan preacher); BBC, 1.3.2003 (Friday sermon).

- Ab 20. März 2003: Massive Demonstrationen der Bevölkerung gegen die „amerikanisch-britische Aggression im Irak“, den „Genozid am irakischen Volk“.

### **Exkurs: Der libysche Amerikanismus**

Parallel zum libyschen, in der Regel von der libyschen Revolutionsführung gegen US-Maßnahmen praktizierten Antiamerikanismus hat es stets auch einen libyschen „Amerikanismus“ gegeben. Dass dieser sowohl von Seiten der Revolutionsführung als auch von Seiten der Bevölkerung mitgetragen wurde, hängt mit zwei Faktoren zusammen:

Zum **ersten** mit der strikten Trennung von US-Administration und amerikanischem Volk, die konstitutiver Bestandteil der libyschen Außenpolitik ist. Die innenpolitisch wenn auch nur formal praktizierte direkte Demokratie findet auf außenpolitischer Ebene in der Befürwortung von „Volkskontakten“ ihre Entsprechung. Die Ablösung klassischer Botschaften durch Volksbüros in den 1980er Jahren und die Förderung von libysch-amerikanischen Brudergesellschaften ist direkte institutionelle Konsequenz dieser Konzeption.<sup>36</sup> In diesem Sinne ist es trotz der offiziellen Verschlechterung der bilateralen politischen Beziehungen zu mehrfachen Kontakten auf „Volksebene“ in Form von libysch-amerikanischen Dialogveranstaltungen (al-hiwar al-libi al-amriki) gekommen. Die erste Veranstaltung dieser Art fand vom 9.-12. Oktober 1978 in Tripolis statt; an dieser Veranstaltung nahm u.a. der amerikanische Senator Fulbright teil. Qaddafi selbst hat in seiner vor den Konferenzteilnehmern gehaltenen Rede mit dem Titel *Botschaft an das amerikanische Volk*<sup>37</sup> zu den arabisch-amerikanischen Beziehungen Stellung bezogen und die aus seiner Sicht hemmenden Faktoren der US-Außenpolitik genannt, die einer prosperierenden politischen und ökonomischen Kooperation im Wege stehen, an erster Stelle die einseitige Parteinahme zugunsten Israels.

Diese Dialogveranstaltungen, während der Hochphase der bilateralen Konfrontation in den 1980er Jahren und wegen der Lockerbieaffäre (UNO-Sanktionen April 1992 bis April 1999) unterbrochen, wurden von der (fortbestehenden) *Libyan-American Friendship Association*<sup>38</sup> nach Suspendierung der UNO-Sanktionen umgehend wieder aufgenommen. Bereits vom 9.-10. April 1999 fand im niederländischen Maastricht ein libysch-amerikanischer Dialog statt, auf dem die teilnehmen-

---

<sup>36</sup> Vgl. Mattes, Hanspeter: Organe und Akteure der libyschen Außenpolitik, in: Opershall, Christian/Teubner, Charlotte Hrsg.: *Libyan. Die verkannte Revolution*, Wien 1987, S. 114-145.

<sup>37</sup> Vgl. den Separatdruck der Allgemeinen Volkskonferenz, Tripolis, März 1979, 18 S. (Muammar Al Qadhafi. *A message to the American people*).

<sup>38</sup> Vgl. zur Institution, ihrem Sitz, ihren Aktivitäten und Zielen die entsprechenden Details auf ihrer Website ([www.lafa-libya.org](http://www.lafa-libya.org)).

den Akademiker für einen Ausbau der Kontakte plädierten.<sup>39</sup> Gleiches galt für die Fortsetzung des Dialogs auf einer Veranstaltung im August 1999 auf Malta: „This meeting sought to further strengthen relations among the participants on a personal level and carry forward the process of non-governmental dialogue. It was useful in helping to combat stereotypes on both sides, and promoting business between the American and Libyan private sectors.”<sup>40</sup> Die libysch-amerikanische Freundschaftsgesellschaft mit ihrem Konzept des *citizen friendship* war schließlich auch die treibende Kraft hinter der ersten Konferenz zu den amerikanisch-libyschen Beziehungen in den USA, die am 16. März 2001 stattfand,<sup>41</sup> und der durch Revolutionsführer Qaddafi am 7. Januar 2003 persönlich vorgenommenen Berufung der US-Amerikanerin Tecca Zendik, bereits 2002 in Tripolis gekrönter *Miss Net World*, zur Generalkoordinatorin der Freundschaftsgesellschaft in den USA und der Beziehungen zwischen den zwei Völkern.<sup>42</sup>

Der **zweite Faktor**, der dem libyschen Amerikanismus einen Unterbau verleiht, war/ist die Anerkennung des hohen Standards in amerikanischen Bildungseinrichtungen und die für nicht wenige Libyer anhaltend hohe Attraktivität des *American Way of Life*, was dazu führte, dass zeitweise Ende der 1970er Jahre/Anfang der 1980er Jahre über 5.000 libysche Studenten an amerikanischen Universitäten studierten, ehe unter Präsident Reagan im März 1983 libyschen Studenten die Fortsetzung ihres Studiums in bestimmten Fächern (Aerodynamik, Flugzeugbau, Kernforschung usw.) untersagt wurde und die administrativen Probleme zahlreiche Studenten, sofern sie nicht zur libyschen Exilopposition überwechselten und um Asyl nachsuchten, nach Libyen zurückkehren ließen. Auch im wirtschaftlichen Bereich bedeutete die Verstaatlichung der amerikanischen und britischen Erdölfirmen Anfang der 1970er Jahre keine generelle Ablehnung eines amerikanischen bzw. britischen Engagements im libyschen Erdölsektor, im Gegenteil: US-Erdöltechnologie hat bis heute in Libyen den besten Ruf. Allerdings sollten die Beziehungen nach libyschen Interessen (=libysche Mehrheitsbeteiligung) gestaltet werden. Die libysche Staatsführung ist deshalb auch seit den 1980er Jahren, als die US-Sanktionen das Engagement der US-Ölfirmen in Libyen formell untersagten,<sup>43</sup> darum bemüht,

---

<sup>39</sup> Vgl. zur Veranstaltung [www.imtd.org/initiatives-libya.htm](http://www.imtd.org/initiatives-libya.htm); vgl. auch Akadimiya al-dirasat al-ulya wal-buhuth al-iqtisadiya: nadwa al-hiwar al-libi al-amriki, Tripolis 1999, 165 S.

<sup>40</sup> Zitiert nach [www.imtd.org/initiatives-libya.htm](http://www.imtd.org/initiatives-libya.htm).

<sup>41</sup> Vgl. Details unter [www.lafa.org/MEIconf-031601.htm](http://www.lafa.org/MEIconf-031601.htm).

<sup>42</sup> Vgl. BBC, London, 8.1.2003 (Libyan-US Friendship Society meets; Miss Net World to be coordinator in USA).

<sup>43</sup> Unter Präsident Reagan mussten sich die US-Ölfirmen auf Druck der US-Administration gegen ihren Willen aus dem Geschäft mit Libyen zurückziehen, zuletzt Esso im November 1981; am 11. Dezember 1981 erklärte die US-Administration die Pässe von US-Bürgern für Reisen nach Libyen für ungültig

ein Ende der US-Sanktionen herbeizuführen. Diese Bemühungen waren trotz entsprechender Schritte auch der US-Firmen nicht von Erfolg gekrönt, denn die US-Regierung hat ihre Sanktionen gegen Libyen erneut im Januar 2003 um ein weiteres Jahr verlängert und das Reiseverbot für US-Bürger bislang nicht aufgehoben. Von Seiten der libyschen Führung wird hingegen neuerlichen US-Wirtschaftsaktivitäten in Libyen nichts in den Weg gelegt, weder im Erdölsektor noch im Bereich der innerlibyschen Investitionsmöglichkeiten im Rahmen des 35-Mrd.-\$-Investitionsplans (Economic and Social Project Plan 2002-2006),<sup>44</sup> die von der neu gegründeten *Libyan Foreign Capital Investment Corporation* (LFCIC) geschaffen wurden.

### 2.3. Entwicklungspotentiale des Anti Amerikanismus

Das Entwicklungspotential des Anti Amerikanismus bzw. einer generell anti-westlichen Haltung ist vor dem Hintergrund einer über 33jährigen Revolutionsgeschichte differenziert einzuschätzen. Das ausgeprägte nationale Interesse und die ideologische Verortung des Revolutionsregimes lassen vermuten, dass auch in Zukunft ein solches Potential im Lande vorhanden ist, dieses jedoch eng mit dem politischen Handeln der USA/des Westens insbesondere im Raum Nordafrika, Nah- und Mittelost, aber auch eng mit dem Konfrontationswillen der libyschen Staatsführung<sup>45</sup> verknüpft ist. Anti Amerikanismus äußert(e) sich weniger in direkten Angriffen auf US-Bürger im Lande (selbst zu Zeiten großer bilateraler Spannungen hat es Übergriffe nicht gegeben); Übergriffe auf westliche Botschaftsvertretungen sind indes potentiell jederzeit möglich, sind sie doch bereits in der Vergangenheit, zuletzt im September 2000, probates Mittel zur Entladung (gesteuerten) Volkszorns gewesen<sup>46</sup> und trafen je nach politischem Kontext die Botschaften der

---

(was US-Erdölarbeiter jedoch nicht hinderte, weiterhin z.B. mit kanadischen Pässen usw. vor Ort zu bleiben), und am 10. März 1982 folgte ein Verbot zum Import libyschen Rohöls; damit ging die Handelsbilanz gegen Null.

<sup>44</sup> Vgl. [www.libyaninvest.com](http://www.libyaninvest.com); [www.investinlibya.org](http://www.investinlibya.org).

<sup>45</sup> Der Konfrontationswille ist gegenwärtig auch vor dem Hintergrund des im September 2003 gelösten Lockerbiekomplexes (Diskussion von Schadenersatz; Schuldeingeständnis) gering, da die libysche Seite bemüht ist, das Kapitel (unter Gesichts-/Interessenwahrung) definitiv abzuschließen bzw. die getroffenen Vereinbarungen umzusetzen. Der Sohn des libyschen Revolutionsführers, Saif al-Islam al-Qaddafi, hat in diesem Sinne im März 2003 an C.W. Freeman, Präsident des *Middle East Policy Council* in Washington, geschrieben: „Nous ne considérons plus votre pays comme le Grand Satan, mais comme un Grand Frère, et reconnaissons le rôle particulier que lui confère son statut de superpuissance.“ (L'Intelligent/Jeune Afrique, Paris, 16.3.2003: Du Grand Satan au Grand Frère); vgl. auch den aufschlussreichen Beitrag von Saif al-Islam al-Qaddafi selbst, in: *Middle East Policy*, Washington D.C., Band 10, Nr. 1, Frühjahr 2003, S. 35-44 (Libyan-American relations).

<sup>46</sup> In Libyen sind solche Aktionen ohne Billigung der Revolutionsführung undenkbar.

USA,<sup>47</sup> Frankreichs, Großbritanniens, aber auch Nigerias oder Ägyptens (d.h., der Einsatz dieses Mittels ist nicht auf westliche Botschaften beschränkt). Entwicklungen wie der am 20. März 2003 begonnene Irakkrieg, die tendenzielle antiamerikanische/antiwestliche Reaktionen auslösen, haben weniger konkrete und militante denn eher langfristig wirkende diffuse Auswirkungen:

- Im *außenpolitischen Bereich* ist dies zum einen die verstärkte Suche nach nichtwestlichen Bündnispartnern, wobei sich für Libyen bereits seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington und den politischen Reaktionen der US-Administration auf die Anschläge eine Intensivierung der Beziehungen zu Russland, der VR China, Malaysia, Iran und Südafrika abzeichnet. Zum anderen erhalten durch den Irakkrieg die innerlibyschen Gegner einer Annäherung an die Europäische Union und der Integration in den Barcelona-Prozess Auftrieb.
- Im *innenpolitischen Bereich* verstärken Ereignisse wie der Irakkrieg die Widerstände der Revolutionskomiteebewegung gegen die Öffnungspolitik, wie sie Saif al-Islam al-Qaddafi betreibt; zudem ist die von den USA angeführte Antiterroroperation bedroht, weil die libyschen Sicherheitsbehörden zum einen das Gefühl haben, von den USA keinen politischen Gegenwert für ihre Kooperation zu erhalten, und zum anderen nicht als Partner eines Aggressionsstaates, dem Genozid am irakischen Volk vorgeworfen wird, gelten wollen.<sup>48</sup>
- Im *wirtschaftlichen Bereich* wird es trotz eines entsprechenden Aufrufs durch die Revolutionskomitees<sup>49</sup> zwar zu keinem organisierten und staatlich unterstützten US-Warenboykott kommen,<sup>50</sup> doch wird der Irakkrieg den Trend einer Vergabe von Projektaufträgen und Lieferaufträgen nach *politischen* Kriterien (z.B. an den Bündnispartner VR China) verstärken; westliche Firmen insgesamt sind die Verlierer dieser Entwicklung.

### **Bilanz**

Antiamerikanismus oder eine antiwestliche Haltung ist in Libyen keine außenpolitische Handlungsvorgabe an sich als Folge eines ideologischen Überbaus, sondern

---

<sup>47</sup> Seit der Schließung der US-Botschaft durch die US-Regierung im Februar 1980 ist hier allerdings kein direktes Gefährdungspotential gegeben.

<sup>48</sup> Vgl. The Guardian, London, 2.12.2002 (Snubbed Libya may stop aiding fight against al-Qaida); Middle East International, Nikosia, 20.12.2002 (Libya: old habits die hard).

<sup>49</sup> Vgl. Aufruf der Revolutionskomiteebewegung anlässlich ihrer 23. Jahresversammlung, Tripolis 8. April 2002, in: BBC, London, 9.4.2002.

<sup>50</sup> Ausnahmen haben einen anderen Hintergrund; bestimmte Waren wie Coca-Cola als Symbol des US-Dominanzgebarens sind seit 1970 aus ideologischen Gründen vom libyschen Markt verbannt.

stets reale Ausprägungsform einer übergeordneten politischen Zielsetzung, nämlich Kampf gegen ausländische Einmischung, ausländisches Hegemonialstreben und Kampf für nationale Selbstbefreiung bzw. Selbstbestimmung. Aus historischen Gründen nimmt in diesem Kontext die Auseinandersetzung mit den USA den prominentesten Platz ein, aber von libyschen Gegenreaktionen genauso betroffen sind/wären andere Staaten, die mit ihrer Politik libysche Interessen gefährden. Bestimmender Akteur, der über einzuschlagende Maßnahmen entscheidet, um auf eine situative Herausforderung zu reagieren, ist dabei Revolutionsführer Qaddafi sowie der nachgeordnete Führungszirkel. Diese Konstellation macht deutlich, dass die Möglichkeiten zur Minderung antiamerikanischer, antiwestlicher Positionen innerhalb der libyschen Revolutionsführung eher gering sind, weil tendenziell deeskalierende Einzelmaßnahmen wie ein verstärkter bilateraler wissenschaftlicher oder kultureller Austausch, intensivierete Treffen zwischen Politikern beider Seiten zwar atmosphärische Verbesserungen bringen können, nicht jedoch zugrundeliegende Strukturen überwinden, die von der libyschen Seite als diskriminierend, nationale (oder arabische) Interessen schädigend, fremdbestimmend perzipiert werden.

### 3. Antiamerikanismus in Tunesien

Die tunesische Staatsführung<sup>51</sup> hat seit der Unabhängigkeit im März 1956 trotz des militärischen Ansatzes zur Wiedererlangung des von Frankreich nach wie vor kontrollierten Marinestützpunkts im nordtunesischen Bizerte im Sommer 1961 eine eindeutig prowestliche Außenpolitik betrieben, die sich institutionell – im Unterschied zu Algerien und Libyen, die solche Schritte über Jahrzehnte hinweg ablehnten oder erst kürzlich eine Positionsveränderung vornahm – in der Präsenz ausländischer Forschungseinrichtungen,<sup>52</sup> der Zulassung der deutschen Parteistiftungen<sup>53</sup> und der Erlaubnis zum Betrieb eines amerikanischen Kultur- und Informationszentrums<sup>54</sup> (heute: American Center Tunis) niederschlug. Tunesien hat sich –

---

<sup>51</sup> Von 1956-1987 prägte Habib Bourguiba als tunesischer Präsident die politische Entwicklung der Republik Tunesien; seit dem 7. November 1987 führt Zine El-Abidine Ben Ali den bourguibistischen Kurs fort.

<sup>52</sup> Dies bezieht sich auf das amerikanische *Center for Maghribi Studies* (CEMAT) in Tunis (Details: [www.la.utexas.edu/research/mena/cemat](http://www.la.utexas.edu/research/mena/cemat)) sowie das französische *Institut de Recherche sur le Maghreb Contemporain* (IRMC) in Tunis (Details: [www.irmcmaghreb.org](http://www.irmcmaghreb.org)).

<sup>53</sup> In Tunesien sind seit Jahren mit unterschiedlicher Intensität und Präsenz vor Ort die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Hanns-Seidel-Stiftung und die Friedrich-Naumann-Stiftung aktiv.

<sup>54</sup> Das amerikanische Kultur- und Informationszentrum war in den 1970er Jahren sogar prominent an der Avenue Habib Bourguiba, der „Hauptstraße“ der Hauptstadt untergebracht; heute residiert dieses

wiederum anders als Algerien und Libyen – im Ost-West-Konflikt nicht positiv neutral bzw. prosovietisch verhalten, sondern stets die Kooperation mit Europa gesucht und auch auf militärischem Gebiet eng mit den französischen und amerikanischen Mittelmeerstreitkräften kooperiert. Diese waren es auch, die im Falle militärischer Auseinandersetzungen und Spannungen mit Libyen (u.a. Gafsa-Vorfall Januar 1980; Spannungen 1984) die tunesischen Streitkräfte und Sicherheitsorgane militärisch unterstützten. Im ökonomischen Bereich war/ist abgesehen von der planwirtschaftlichen Phase Mitte der 1960er Jahre unter Planungsminister Ben Salah die Ausrichtung Tunesiens kapitalistisch, auch wenn der Staatssektor immer noch umfangreich ist. Die kapitalistische Ausrichtung hat mit der politischen Entscheidung zur Integration der tunesischen Wirtschaft in den Weltmarkt sukzessive eine Stärkung erfahren. Der bereits Anfang der 1970er Jahre einsetzende Ausbau Tunesiens zum Touristenzielland für europäische Urlauber und die sich mit ersten Abkommen ab 1976 forcierende Assoziierung mit der EU-Wirtschaft<sup>55</sup> wurde mit der wirtschaftlichen Restrukturierungspolitik entlang IWF-Richtlinien ab 1987 verstärkt. In dem Maße, in dem Liberalisierungsschritte umgesetzt wurden, wurde Tunesien für ausländische Direktinvestitionen (primär im Elektronik- und Textilbereich) attraktiv. Die über die Jahre herbeigeführte enge Verflechtung mit den westlichen (europäischen) Volkswirtschaften engte automatisch den Spielraum für antiwestliches politisches Agieren gleich welchen Akteurs ein, und diejenigen Gruppen wie die Islamisten, die aus taktischen oder grundsätzlichen Gründen die ökonomische Verankerung im Westen ablehnten, wurden schnell Zielscheibe staatlicher Repression.

Die islamistische *Ennahda-Bewegung* unter Führung von Rachid al-Ghannouchi,<sup>56</sup> die stärkste Gruppe, die für eine Islamisierung der tunesischen Gesellschaft eintrat, wurde nach mehreren Anschlägen auf Touristen (Juli/August 1987),<sup>57</sup> um den Tourismus als wichtige Grundlage der Wirtschaft zu schwächen und das Land politisch zu destabilisieren, und erneut verstärkt ab 1990/1991 nach militanten Aktionen gegen die Staatsführung massiv verfolgt. Dass solche punktuellen Gefahrenmomente auch derzeit noch existieren, zeigt der Anschlag auf einen

---

amerikanische Kultur- und Informationszentrum im Neubaugebiet *Berges du Lac de Tunis* (<http://usembassy.state.gov/posts/ts1/wwwmain.html>).

<sup>55</sup> 1996 schloss Tunesien als erster Mittelmeeranrainer mit der EU ein Assoziationsabkommen. Tunesien ist zudem aktives Mitglied im Barcelona-Prozess, der im November 1995 auf eine vertragliche Basis gestellt wurde.

<sup>56</sup> Vgl. zur Entstehungsgeschichte und ihren Aktivitäten Mohamed Elhachmi Hamdi: *The politicisation of Islam. A case study of Tunisia*, Boulder 1998, 203 S.

<sup>57</sup> Vgl. Faath, Sigrid: *Islamistische Agitation und staatliche Reaktion in Tunesien 1987/1988*, in: Wuqûf, Hamburg, Band 2 (1987), 1988, S. 15-68.

Touristenbus auf der Touristeninsel Djerba am 11. April 2002, selbst wenn speziell diesem Anschlag keine innertunesischen Motive zugrunde lagen, sondern er im Kontext der internationalen Antiterroroperation gegen das Netzwerk Usama Ibn Ladins steht und der Anschlag die Schlagkraft des Qa'ida-Netzwerks gegen westliche Ziele auch nach dem Verlust der Basis Afghanistan demonstrieren sollte.

Wenngleich innerhalb Tunesiens gerade wegen der wirtschaftlichen Abhängigkeiten und der Offenheit gegenüber Europa keine breite kulturell fundierte antiwestliche Strömung existiert, so heißt dies nicht, dass Politiker und andere gesellschaftliche Repräsentanten, aber auch große Teile der Bevölkerung nicht sensibel gegenüber den Dominanzbestrebungen der USA im Nahen Osten sowie den Handlungen Israels in den Palästinensischen Autonomiegebieten wären. Speziell seit Ausbruch der al-Aqsa-Intifada im September 2000, verstärkt seit dem von den USA angeführten Antiterrorkampf nach dem 11. September 2001 mit Zielrichtung al-Qa'ida und seit dem Irakkrieg (März/April 2003), häufen sich in der tunesischen Presse Artikel und situationsbezogene Beiträge mit antiwestlichen und/oder anti-amerikanischem Tenor: Der Titelgeschichte in der Wochenzeitschrift *Réalités* über die Rückkehr der Religion in die amerikanische Außenpolitik und der „heutigen christlich-zionistischen Allianz“ gegen die islamische Welt<sup>58</sup> stehen Beiträge über die bevorstehende „remodelage américain“ des Nahen Ostens<sup>59</sup> oder Kritik an der „amerikanischen Kampagne gegen islamische Banken“<sup>60</sup> im Zusammenhang mit der Austrocknung des Terrorfinanzierungsnetzwerks zur Seite. Die *Association Tunisienne des Jeunes Avocats* ihrerseits hat im Oktober 2002 aus Protest eine von den USA offerierte Subvention abgelehnt. Aufrufe zum Boykott amerikanischer Waren, wie sie besonders im Frühjahr 2003 über SMS in Tunesien zirkulieren,<sup>61</sup> stießen indes kaum auf großen Widerhall; dafür ist die „amerikanische Strömung“, d.h. die Verführungskraft amerikanischer Life-style-Produkte zu groß. Wie meinte doch der Erfinder des gegen *Coca-Cola* gerichteten *Mecca-Cola*, der Tunesier Tawfik Mathlouthi: „Ich fahre oft in die USA, habe dort viele Freunde und bewundere den amerikanischen Sinn für Dynamik, Geschäft und Wettbewerb. Doch ich verweigere mich dem Diktat der amerikanischen Politik.“<sup>62</sup>

### **Bilanz**

Durch die bereits unter Präsident Bourguiba eingeleitete und von Präsident Ben Ali seit 1987 fortgesetzte prowestliche Ausrichtung des Landes sowie die hohe Integ-

---

<sup>58</sup> *Réalités*, Tunis, 6.2.2003 (La sainte alliance christiano-sioniste).

<sup>59</sup> *Le Temps*, Tunis, 8.2.2003 (Remodelage américain).

<sup>60</sup> *Le Temps*, Tunis, 9.12.2002 (Le PDG du groupe al-Baraka).

<sup>61</sup> *Réalités*, Tunis, 3.4.2003 (Initiatives au boycott des produits américains).

<sup>62</sup> *Die Zeit*, Hamburg, 27.3.2003 (Mit den Waffen des Gegners. Der Unternehmer Tawfik Mathlouthi).

ration Tunesiens in die Weltwirtschaft (Assoziationsabkommen mit der Europäischen Union) sind Fakten geschaffen worden, die eine Aufgabe dieses Kurses unwahrscheinlich machen. Dissens gibt es innerhalb der Gesellschaft höchstens über den Grad bzw. die Intensität der weiteren politischen Kooperation mit den USA und den europäischen Staaten, nicht jedoch über die Ausrichtung insgesamt. Das schließt Proteste gegen einzelne politische Maßnahmen primär der USA, die als „parteiisch“ (antiarabisch, antiislamisch, proisraelisch) eingestuft werden, nicht aus. Hauptträger solchen Unmuts sind neben Anhängern der massiv verfolgten islamistischen Bewegung Vertreter nationalistischen Gedankenguts, die allerdings über keine verfestigten Organisationsstrukturen und keine Massenbasis verfügen. Analog gibt es im wirtschaftlichen Bereich kaum grundsätzliche Kritik an der Liberalisierungs- und Öffnungspolitik, sondern höchstens aus Gewerkschaftskreisen Kritik an zu großer sozialer Unausgewogenheit einzelner Maßnahmen. Die Präferenz westlich-amerikanischer Waren ist davon unberührt und folglich waren initiierte Warenboycottbewegungen zum Scheitern verurteilt.

#### **4. Antiamerikanismus in Algerien**

Das seit 1962 unabhängige Algerien weist in seiner antiwestlichen/antiamerikanischen Haltung die meisten Parallelen zu Libyen auf. Die mit dem nationalen Befreiungskampf 1954-1962 durchgesetzte Beendigung der rund 130jährigen französischen Kolonialherrschaft leitete zwangsläufig eine innen-, außen- und wirtschaftspolitische Neubestimmung ein. Mit einer Stärkung der arabisch-islamischen Identität, die bereits zur Kolonialzeit im Mittelpunkt der antikolonialen Opposition stand, sollten die als negativ empfundenen Auswirkungen der Verwestlichung überwunden werden. Strukturelle Gegebenheiten gestalteten diesen Prozess der Selbstfindung aber alles andere als einfach.

Im **außenpolitischen Bereich** wurde zwar nach der Unabhängigkeit ab 1962 ein Kurs vertreten, der auf (positiver) Blockfreiheit beruhte und Distanz zum „Westen“ beinhaltete, doch haben die historischen und zwangsweise fortbestehenden Verflechtungen mit Europa<sup>63</sup> den Antagonismus abgeschwächt und punktuell gestaltet. Der algerische Diskurs war folglich überwiegend kein generell unreflektierter antiwestlicher, sondern bezog sich auf einzelne politische Maßnahmen des Westens, die als unvereinbar mit dem nationalen Selbstbestimmungsrecht eingestuft wurden. Diese Distanz zum „Westen“ und zu den USA wurde erst nach dem Ende der Präsidentschaft Houari Boumediennes (1965-1978) unter Präsident Bendjedid

---

<sup>63</sup> Strukturell wurden diese Beziehungen 1. von der Existenz der großen algerischen Auslands-/Migrantengemeinde in Frankreich und 2. der fortbestehenden Ausrichtung der Wirtschaftsströme auf Frankreich geprägt.

unter dem Druck notwendiger ökonomischer Reformen zum Auffangen der Defizite des bislang praktizierten sozialistischen Entwicklungsmodells aufgegeben. Die Bemühungen der algerischen Staatsführung zur Diversifizierung der Außenbeziehungen und insbesondere auch des Ausgleichs mit den USA sind eng mit Präsident Bendjedid verbunden, der nicht nur für die algerische Vermittlung in der iranischen Geisellaffäre 1979 verantwortlich zeichnete, sondern auch mit seinem historischen Besuch in den USA (16.-22. April 1985)<sup>64</sup> die außenpolitische Entideologisierung einleitete. Selbst wenn sich diese unter dem Diktat der innenpolitischen Entwicklung nach 1992 nicht signifikant fortsetzte,<sup>65</sup> so war die vom Ende des Ost-West-Konflikts untermauerte Westausrichtung irreversibel. Die eigene Auseinandersetzung mit dem islamistischen Terrorismus ließ Algerien schließlich nach den Anschlägen des 11. September 2001 nahezu automatisch Mitglied in der von den USA formierten Antiterrorcoalition werden.<sup>66</sup> In diesem Kontext besuchte der im April 2001 gewählte Präsident Bouteflika am 5. November 2001<sup>67</sup> die USA und etablierte eine enge Sicherheitskooperation,<sup>68</sup> die zwar Algerien aus ihrer außenpolitischen Isolation der 1990er Jahre befreite, in Algerien selbst – sowohl bei Nationalisten wie auch bei Islamisten – jedoch auf scharfe Kritik stieß: „There will remain less and less sovereignty in the way terrorism is dealt with, fought, or trying to convert it to reason: the matter has become an American one.“<sup>69</sup> Die Nationalisten kritisierten die „Bewunderung“ Bouteflikas für US-Präsident Bush,<sup>70</sup> und die Islamisten warfen Präsident Bouteflika die Unterwerfung unter US-Interessen und damit die Schädigung algerischer, arabischer und islamischer Interessen vor.<sup>71</sup> Die-

---

<sup>64</sup> U.a. Gründung einer gemischten Wirtschaftskommission (1. Tagung im Februar 1986) und Beginn militärischer Kooperationskontakte (erste hochrangige Militärdelegation unter Leitung von General Cheloufi vom 19.-27. September 1986 in den USA).

<sup>65</sup> Sowohl unter dem Staatsrat (1992-1995) als auch unter Präsident Zeroual (1995-1999) gab es keine hochrangigen Kontakte zur US-Administration.

<sup>66</sup> Von 1992-1995 gab es allerdings Spannungen im bilateralen Verhältnis insofern, als die US-Regierung eine Position einnahm, die eine Machtübernahme durch Islamisten toleriert hätte. Erst der eindeutige Wahlsieg Präsident Zerouals 1995, der ein Nachgeben gegenüber den Islamisten ausschloss, brachte die US-Administration dazu, die algerische Staatsführung stärker zu unterstützen. Vgl. Fuller, Graham E.: *Algeria. The next fundamentalist state?*, Santa Monica 1996, 124 S. (vgl. bes. die Empfehlungen Graham E. Fullers S. 117).

<sup>67</sup> Diesem Solidaritäts- und Arbeitsbesuch ging ein Besuch vom 12.-13. Juli 2001 zur Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Kooperation voraus.

<sup>68</sup> Dazu gehörte 2001/2002 die Kooperationsstärkung mit der NATO und die Kooperation mit den Verbänden der VI. US-Flotte im Mittelmeer.

<sup>69</sup> BBC, London, 1.12.2002 (*Le Matin*: Algerian security issues have been “Americanized“).

<sup>70</sup> Vgl. *Le Matin*, Algier, 9.12.2002.

<sup>71</sup> Vgl. *Le Quotidien d’Oran*, Oran, 7.12.2002.

se Kritik bettet sich ein in die seit Jahren geübte generelle Kritik algerischer Parteien, Nichtregierungsorganisationen und Intellektueller am Dominanzgebaren der US-Administration, ihrem Hegemoniestreben und ihrer Befürwortung einer unipolaren Welt, die mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker unvereinbar sei.<sup>72</sup> Diese Kritik hat sich angesichts der „amerikanisch-britischen Aggression gegen den Irak“ im März/April 2003 und der zunehmenden amerikanischen Vorwürfe wegen angeblicher algerischer Nuklearambitionen,<sup>73</sup> die von algerischer Seite zurückgewiesen werden, nur verstärkt. Die USA, die unter demographischen und ökonomischen Gesichtspunkten (Erdöl/Erdgas) den zentralen Maghrebstaat Algerien geostategisch als „pivotal state“ einstufen,<sup>74</sup> sind nach Angaben von Vizeverteidigungsminister Peter W. Rodman vom Januar 2003 dabei, an Algerien ihren „neuen Typ“ an Beziehungen auszutesten, der sowohl „tiefe Freundschaft“ als auch „offene Diskussionen“ umfasse und auf Dauer angelegt sei.<sup>75</sup>

Die postkoloniale **innenpolitische Entwicklung** war von Anfang an über die Auseinandersetzung mit identitären Problemen, nämlich der Sprachenproblematik<sup>76</sup> und der ungeklärten Stellung und Rolle des Islam im Staat, autozentriert und durch den Rückgriff auf die eigene vorkoloniale Identität tendenziell antiwestlich orientiert. Nach der Unabhängigkeit wurde eine algerische Identität propagiert, deren Merkmale die arabische Sprache, die islamische Religion, die gemeinsame Geschichte der Bevölkerung und das nationale Territorium sind. Der Islam wurde als Staatsreligion in den Verfassungen Algeriens verankert, der Staat übernahm die Auslegung und die Organisation des Kults. Die Staatsführung interpretierte den Islam jedoch „modern“, d.h. in diesem Zusammenhang, dass sie jene koranischen

---

<sup>72</sup> Vgl. exemplarisch die Aussagen des algerischen Botschafters in Tunesien, Ismail Alaoua, in: *Réalités, Tunis*, 3.10.1997 (A propos de l'hégémonie américaine).

<sup>73</sup> Vgl. *Maghreb-liste*, Paris, 20.4.2003 (L'Algérie dans le collimateur de Washington?); BBC, London, 27.4.2003 (Algeria fears pressure over nuclear intentions).

<sup>74</sup> Vgl. Quandt, William B.: Algeria, in: Chase, Robert/Hill, Emily/Kennedy, Paul Hrsg.: *The pivotal states. A new framework for U.S. policy in the developing world*, New York 1999, S. 195-214.

<sup>75</sup> *El Watan*, Algier, 26.1.2003 (Algérie-USA: „Nouveau type“ de relations); zu den innenpolitischen Risiken der engen algerisch-amerikanischen Beziehungen vgl. den Kommentar von Paul-Marie de la Gorce: *Algérie – les risques du choix américain*, in: *Arabies*, Paris, Dezember 2002, S. 6-7.

<sup>76</sup> Wurde mit der Unabhängigkeit Arabisch formal zur einzigen offiziellen Nationalsprache, was von arabischen Nationalisten und konservativen Muslimen begrüßt wurde, so blieben doch Französisch und Berberisch die ausschließlichen Sprachen großer Bevölkerungskreise; insbesondere gegen das Französische als verbreitete Bildungs- und Wissenschaftssprache wandte sich die Anfang der 1970er Jahre lancierte Arabisierungspolitik; vgl. Faath, Sigrid: *Algerien. Gesellschaftliche Strukturen und politische Reformen zu Beginn der neunziger Jahre*, Hamburg 1990, S. 218 ff. In den letzten Jahren hat sich indes ein neuer Realismus in der Staatsführung durchgesetzt, der die Sprachenpluralität anerkennt. Vgl. *El Watan*, Algier, 22.4.2003 (L'avenir est au plurilinguisme).

Inhalte herausstellte, von denen angenommen wurde, dass sie das Staatsziel einer gerechteren, solidarischeren, entwickelten, modernen und sozialistischen Gesellschaft unterstützen könnten. Dieser Interpretation des Islam ist die Staatsführung trotz der Abkehr vom sozialistischen Modell bis heute treu geblieben. In den Verfassungen und programmatischen Texten wurde stets versucht, einen Ausgleich zwischen der gesellschaftlich gelebten Realität, in der islamischen Prinzipien und Werten in breiten Bevölkerungskreisen eine große Bedeutung zukommt, und den anvisierten neuen, säkular geprägten Beziehungsstrukturen zu schaffen. Die koloniale Erfahrung gestaltete allerdings die Annahme der Moderne (Moderne = westliche Werte, Werte der Unterdrückter) durch eine Bevölkerungsmehrheit nach der Unabhängigkeit problematisch. Aus demselben Grund war es schwierig, die traditionale Religionsinterpretation durch eine moderne Lesart tatsächlich abzulösen. Das Rückdrängen der Religion aus der Politik und ihre Reduzierung auf den Privatbereich wurde von religiösen Traditionalisten und Fundamentalisten als Aufgabe eines wesentlichen Teils der Identität interpretiert. Wegen ihres Widerstands gelang es der Staatsführung nicht, den Säkularisierungsprozess voranzutreiben, zumal innerhalb der Einheitspartei FLN ebenfalls traditionalistische und fundamentalistische Gegenkräfte wirksam waren. Die Kontrolle über den religiösen Bereich entglitt der Staatsführung zunehmend. Spätestens seit Anfang der 1980er Jahre waren die „freien“, d.h. nicht staatlich kontrollierten Moscheen und die „freien“ Prediger im ganzen Land verbreitet und lehrten eine Religionsinterpretation, die im Gegensatz zur staatlichen stand. Die von der islamistischen Bewegung seit dem Erfolg der Islamischen Revolution in Iran auch in Algerien angestrebte Dominanz der Religion in Staat und Gesellschaft mündete nach der Systemöffnung 1989 (Zulassung von Parteienpluralismus) in gewaltsame Konflikte.

Hauptsächlicher Träger des islamistischen Gesellschaftsmodells war zunächst die im September 1989 als Partei legalisierte *Islamische Heilsfront* (Front Islamique du Salut), die nach dem Abbruch der Legislativwahlen im Januar 1992 – aus der die Islamische Heilsfront als Sieger hervorgegangen wäre – im März 1992 verboten wurde, weil sie – um ihren vermeintlichen Wahlsieg gebracht – zunehmend auf Konfrontationskurs zur Staatsführung ging.<sup>77</sup> Dennoch fiel weniger die Islamische Heilsfront durch eine rhetorisch lautstarke antiwestliche Positionsbestimmung auf, auch wenn sie es zwangsläufig u.a. durch das Plädoyer für die Einführung der Scharia, ihre Geschlechterpolitik und die intendierte islamistische Neuordnung von Medien und Kultur in der Sache war,<sup>78</sup> als die am Rande der Islamischen Heils-

---

<sup>77</sup> Die Führer der Islamischen Heilsfront, Abbasi Madani und Ali Belhadj, wurden bereits im Juni 1991 wegen Aufrufen zum Widerstand gegen die Staatsgewalt verhaftet.

<sup>78</sup> Dies gilt nicht für den Wirtschaftssektor, wo die islamistischen Parteien auf die Privatwirtschaft zur Überwindung der Probleme setzen, die Landwirtschaft als sektoralen Entwicklungsschwerpunkt be-

front entstandene sogenannte salafitisch-jihadistische Bewegung.<sup>79</sup> Deren Mitglieder glaubten nie an die Machtübernahme durch Wahlen, sondern waren überzeugt, dass eine Machtübernahme nur durch einen bewaffneten Kampf („Jihad“) realisierbar sei. Mit dem Wahlabbruch im Januar 1992 sahen sich die Teilgruppen dieser Bewegung<sup>80</sup> sowie die von der verbotenen Islamischen Heilsfront formierte *Islamische Armee des Heils* (AIS) in dieser Auffassung bestätigt und begannen mit bewaffneten Angriffen auf Sicherheitskräfte, ab 1993 verstärkt mit Anschlägen auf die französisierte Intellektuellenschicht; ab September 1993 wurden schließlich auch alle Ausländer (=Ungläubige) zu legitimen Zielscheiben des Kampfs erklärt.

Insbesondere die *Bewaffneten Islamischen Gruppen* (GIA) traten ab 1994 mit zahlreichen Erklärungen hervor, denen zufolge es ihr primäres Ziel sei, „die Erde von Ungläubigen zu säubern und mit Hilfe des Jihad einen islamischen Staat aufzubauen“. Dabei werde der Kampf nicht nur gegen Ungläubige im eigenen Land geführt (Ermordung von Dutzenden von „Ungläubigen“, darunter als letzte spektakulärste Aktion die Ermordung von sieben französischen Trappistenmönchen aus dem Kloster Tibehirine im Mai 1996), sondern auch ins westliche Ausland getragen (Air-France-Flugzeugentführung Weihnachten 1994 und Anschlagserie auf das Nahverkehrssystem in Paris im Sommer/Herbst 1995). Selbst wenn die massive Repression der staatlichen algerischen Sicherheitsorgane in den 1990er Jahren zu einer drastischen Dezimierung der terroristischen islamistischen Gruppen führte,<sup>81</sup> so heißt dies nicht, dass der Kampf gegen die islamistischen Gruppen gewonnen ist, die es (immer noch) verstehen, die hohe Popularität Usama Ibn Ladins und sei-

---

trachten, zugleich aber auch wegen der sozialen Kosten dem IWF-Restrukturierungsprogramm kritisch gegenüberstehen. Die Islamisten opponierten in den 1970er Jahren gegen das sozialistische Entwicklungsmodell und die Agrarrevolution mit ihrer Zwangskollektivierung und stehen insofern in der Tradition einer kapitalistischen Produktionsweise; vgl. zu diesem Kontext ausführlich Müller, Herta: *Marktwirtschaft und Islam. Ökonomische Entwicklungskonzepte in der islamischen Welt unter besonderer Berücksichtigung Algeriens und Ägyptens*, Baden-Baden 2002, bes. S. 99 ff.

<sup>79</sup> Vgl. hierzu und zu den folgenden Ausführungen aus der Fülle der Literatur Kepel, Gilles: *Das Schwarzbuch des Dschihad. Aufstieg und Niedergang des Islamismus*, München/Zürich 2001, bes. S. 309-331; Martinez, Luis: *La guerre civile en Algérie*, Paris 1998.

<sup>80</sup> Wie u.a. der *Mouvement de l'Etat Islamique/MEI*, die *Groupes Islamiques Armés/GIA*, der *Front Islamique du Djihad Armée*, der *Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat/GSPC*.

<sup>81</sup> Nach offiziellen Angaben soll es Mitte der 1990er Jahre rund 27.000 bewaffnete islamistische Kämpfer gegeben haben; die derzeit noch in vergleichsweise wenigen Rückzugsgebieten operierenden Gruppen werden offiziell auf 500-700 geschätzt. Eine Unbekannte ist nach wie vor der Grad ihres Rückhalts in Teilen der Bevölkerung und ihre personelle Nachschubsituation.

nes „Kampfes gegen die Ungläubigen“<sup>82</sup> unter algerischen Jugendlichen auszunutzen und Jugendliche ohne Perspektive für sich zu mobilisieren. Die aus islamistischer Sicht „heroischen“ Anschläge vom 11. September 2001 wie auch der Irakkrieg 2003 stellen zugleich Ereignisse dar, die Führer legaler islamistischer Parteien und Vereinigungen und die Führer illegaler islamistischer Gruppen zu Positionsbestimmungen veranlassen, in denen antiwestliche/antiamerikanische Töne angeschlagen werden. So rief der Führer der legalen islamistischen Partei *Bewegung für nationale Reform* (MRN), Abdallah Djaballah, für den Fall eines Angriffs auf den Irak im Januar 2003 zum Jihad gegen die USA auf,<sup>83</sup> und der Führer der im Untergrund agierenden terroristischen Gruppe *Salafitische Gruppe für Predigt und Kampf* (GSPC), Hassan Hattab, ließ sowohl nach dem 11. September 2001 als auch nach dem Beginn des Irakkriegs 2003 verlauten, „er werde brutal gegen Europäer und Amerikaner vorgehen, falls (weitere) muslimische Staaten angegriffen werden“.<sup>84</sup> Auch wenn dies bislang Rhetorik geblieben ist, so ist der dahinter wirkende Geist virulent und stößt in islamistischen und fundamentalistischen Kreisen und z.T. darüber hinaus auf Sympathie und Zustimmung.

Die **ökonomische Entwicklung** weist ähnlich der politischen Entwicklung nach einer Phase antikapitalistischer Wirtschaftspolitik (1962-1978) eine langsam anlaufende Reformphase auf, die Anfang der 1990er Jahre in eine Übernahme marktwirtschaftlicher Strukturen mündete. Die nationalistische,<sup>85</sup> etatistische und auf dem sozialistischen Entwicklungsmodell beruhende wirtschaftspolitische Ordnung, die sich die algerische Befreiungsfront FLN nach der Erlangung der Unabhängigkeit entsprechend dem Zeitgeist und der vorherrschenden FLN-Ideologie gab, musste im Zuge der ökonomischen Krise ab Mitte der 1980er Jahre reformiert werden; zunächst ab 1987 im Rahmen einer versuchten Selbstkurierung (autoajustement), ab April 1994 – nach einer mehrjährigen Blockadepolitik durch ins Amt gelangte „pathologische Verweigerer“ einer volkswirtschaftlich notwendigen Restrukturierungs- und Umschuldungspolitik – eine Politik der strukturellen An-

---

<sup>82</sup> Ibn-Ladin-Poster und Ibn-Ladin-T-Shirts mit Pro-al-Qa'ida-Aufdrucken wurden bereits mehrfach in hoher Auflage bei Schmuggelversuchen aufgegriffen; vgl. z.B. BBC, London, 3.2.2003 (Security authorities seize Bin-Ladin masks in Western Province).

<sup>83</sup> Vgl. BBC, London, 29.1.2003 (Algerian Islamist leader calls for Jihad against USA over Iraq); aus Algerien begaben sich mehr als 600 Kriegsfreiwillige in den Irak, um dort gegen die amerikanisch-britischen Truppen zu kämpfen; vgl. El Watan, Algier, 18.4.2003 (Des combattants volontaires algériens en Irak témoignent).

<sup>84</sup> Die Welt, Berlin, 4.4.2003.

<sup>85</sup> In diesem Kontext spielte die Nationalisierung des Kohlenwasserstoffsektors im Zuge der Erdölrevolution ab 1973 – wo Algerien neben Libyen eine „Falkenrolle“ spielte – und die Kontrolle der nationalen Wirtschaftstätigkeit durch monopolistische Staatsunternehmen eine wichtige Rolle.

passung im Rahmen eines IWF-Abkommens.<sup>86</sup> War damit der Weg für die prinzipielle Umsetzung einer marktwirtschaftlichen Ordnung frei, so verlief die Umgestaltung doch nicht ohne Widerstände. Diese waren allerdings nicht in jedem Fall ideologisch motiviert wie die Kritik am neuen Kohlenwasserstoffgesetz, das 2002 beraten wurde und eine stärkere Öffnung des Sektors für ausländische Investitionen vorsah,<sup>87</sup> sondern überwiegend sozioökonomisch begründet (Angst vor Arbeitsplatzabbau bei Privatisierung und Befürchtung eines Inflationsschubs bei Handelsliberalisierung und Subventionsabbau). Die in der Bevölkerung weit verbreitete Bevorzugung westlicher Produkte vor lokalen Erzeugnissen ließ die – auch in anderen arabischen Staaten bekannten – gelegentlichen, überwiegend gewerkschaftlich organisierten Kampagnen „Consommons national“<sup>88</sup> zur Stärkung der heimischen Wirtschaft (zuletzt 2002/2003) zu keinem großen Erfolg werden. Der politisch begründete Aufruf zum Boykott amerikanischer Produkte im Kontext des Irakkriegs im März/April 2003<sup>89</sup> hatte gleichfalls weder gravierende noch langfristige Auswirkungen. Im Gegenteil: Die klassischen Wirtschaftsbeziehungen zu Europa wurden in den letzten Jahren durch einen kontinuierlich zunehmenden algerisch-amerikanischen Handelsaustausch ergänzt, der bei rund 3 bis 3,5 Mrd. \$ Erdöl-/Erdgasexport aus Algerien in die USA (algerische Importe: ca. 1 Mrd. \$) liegt. Der im Juli 2001 anlässlich des Besuchs von Präsident Bouteflika in Washington neu gegründete algerisch-amerikanische Wirtschaftsrat soll die Handelsbeziehungen und US-Direktinvestitionen in Algerien (Kohlenwasserstoffsektor) zielstrebig ausbauen helfen.<sup>90</sup>

Der auch in Algerien anzutreffende **Amerikanismus** äußert sich zwar nicht so prägnant wie in den seit langem prowestlichen und touristisch erschlossenen Nachbarstaaten Marokko und Tunesien, doch fasste er über die Warenpräferenz hinaus inzwischen vor allem im Kommunikationsbereich (Aufbau von Internetcafés in al-

<sup>86</sup> Vgl. zum Hintergrund Hidouci, Ghazi: *Algérie. La libération inachevée*, Paris 1995, bes. S. 165 ff. (Les réformes; La dérive); Haddad, Saïd: *Une économie entre rente et immobilisme*, in: Mohsen-Finan, Khadija Hrsg.: *L'Algérie: une impossible sortie de la crise?*, Paris 2002, S. 73-103 sowie Mattes, Hanspeter: *Stabilitätsanalyse Algerien*, in: Faath, Sigrid Hrsg.: *Stabilitätsprobleme zentraler Staaten: Ägypten, Algerien, Saudi-Arabien, Iran, Pakistan und die regionalen Auswirkungen*, Hamburg 2003, S. 159-198, bes. S. 181 ff.

<sup>87</sup> Dieser Gesetzentwurf wurde als „Ausverkauf nationaler Interessen und Aufgabe nationaler Souveränität“ gebrandmarkt, so dass das Gesetz Ende 2002 aus dem Gesetzgebungsprozess genommen wurde; vgl. u.a. auch *La Tribune*, Algier, 28.12.2002 (L'avant-projet de loi sur les hydrocarbures n'est plus à l'ordre du jour).

<sup>88</sup> Vgl. z.B. entsprechende Aufrufe des *Forums junger Unternehmer*, in: *Réalités*, Tunis, 10.4.2003 (Produire, commercer et consommer arabe).

<sup>89</sup> Vgl. BBC, London, 2.4.2003 (Pro-Iraq group calls for demonstrations, boycott of US products).

<sup>90</sup> Vgl. El Moudjahid, Algier, 10.4.2002 (Conseil algéro-américain).

len algerischen Städten) Fuß. Selbst im Bildungswesen, wenngleich nur auf privater Schiene, ist es zur Gründung der ersten – an amerikanischen Vorbildern orientierten – Managementinstitute gekommen, darunter als eines der größten das im Herbst 2002 eröffnete *Management Development Institute Alger*.<sup>91</sup> Trotz einer nach der Unabhängigkeit Algeriens zunächst restriktiven Haltung gegenüber westlichen Kultureinrichtungen stimmte die algerische Regierung nach und nach der Präsenz u.a. französischer, italienischer, spanischer und deutscher Kulturinstitute zu und genehmigte schließlich im Rahmen der politischen Annäherung an die USA Mitte der 1990er Jahre auch die Eröffnung eines amerikanischen Kulturzentrums (American Center).<sup>92</sup> Die voranschreitende Entideologisierung der Außenpolitik ist auch dafür verantwortlich, dass ein zivilgesellschaftliches Engagement deutscher Parteistiftungen seit Ende der 1990er Jahre geduldet wird.

Diese skizzierten Facetten des algerischen Antiamerikanismus und Amerikanismus (als Synonym für den „Westen“) prägen den einzelnen Bürger und rufen bei ihm ein gespaltenes, komplexbehaftetes Gefühl hervor, das der algerische Anthropologe Malek Chebel thematisierte und analysierte. Chebel vertritt die These, dass die große Mehrheit insbesondere der jungen Algerier vom westlichen Lebensstil, den gesellschaftlichen Lebensbedingungen im Westen (zu recht oder zu unrecht) fasziniert ist, dies aber nicht offen eingestehen will und artikulieren kann, weil von offizieller Seite jahrelang stets eine negative Darstellung des „Westens“ überwog. Bei freier Meinungsäußerung würde hingegen heute deutlich werden, so Chebel, dass die Jungen (sofern sie nicht aus Überzeugung fundamentalistischen und islamistischen Lehren anhängen; d.V.) alles was aus dem Westen kommt „in den Himmel heben“.<sup>93</sup>

### **Bilanz**

Algerien mit seinem Legat an sozialistischer Staatswirtschaft und enger außenpolitischer Kooperation mit der Sowjetunion hat bislang im Maghreb die größten Anpassungsprobleme bei der Umsetzung politischer und wirtschaftlicher Liberalisie-

---

<sup>91</sup> Vgl. Details in: El Moudjahid, Algier, 8.7.2002 (La Business School MDI Alger. Il ouvrira ses portes en automne).

<sup>92</sup> Das Zentrum war wie mehrere andere wegen der bewaffneten Auseinandersetzungen in den 1990er Jahren geschlossen und wurde am 4. Februar 2003 von Botschafterin Sanderson wiedereröffnet; vgl. El Watan, Algier, 5.2.2003 (America Center, convivial espace). Algerien besitzt kein eigenes Kulturzentrum in den USA, veranstaltet dort aber gelegentlich algerische Kulturwochen wie zuletzt im Februar 2003; vgl. El Watan, 4.2.2003 (La culture algérienne à Washington).

<sup>93</sup> „Mais ici, si vous laissez des jeunes s’exprimer librement, vous verrez: tout ce qui vient de l’Occident est porté aux nues.“ Interview mit Malek Chebel, in: Maroc-Hebdo, Casablanca, 7.3.2003 (L’Occident fascine les jeunes).

rung und damit der Übernahme westlicher Organisationsmodelle. Dieser Prozess wurde erschwert durch die nach 130 Jahren französischer Kolonisation zwangsweise ungeklärte identitäre Frage, in deren Umfeld es seit den 1980er Jahren zur Herausbildung einer starken islamistischen Bewegung kam, die ein westliches politisches System zugunsten eines schariakonformen Systems ablehnt und für eine rigorose Arabisierungspolitik eintritt. Dieser Antagonismus spaltet bis heute die algerische Gesellschaft, auch wenn die für eine politische Öffnung, wirtschaftliche Liberalisierung und Privatisierung Eintretende Fraktion langsam die Oberhand zu gewinnen scheint. Dennoch ist das islamistische Störpotential des „Westkurses“ noch enorm und selbst innerhalb der Befürworter dieses Kurses die Geschwindigkeit und die Intensität umstritten.

### 5. Antiamerikanismus in Marokko

Die Haltung zu den USA bzw. die Einstellung zum Westen ist in Marokko politisch, wirtschaftlich und kulturell durch eine Reihe von Fakten konditioniert und umfasst sowohl eine prowestliche/proamerikanische als auch eine antiwestliche/antiamerikanische Komponente. Die dominierendste Komponente ist die Verankerung Marokkos im westlichen Lager, die sich nach der Unabhängigkeit des Königreichs als Folge des Freundschaftsvertrags mit den USA (seit 1776), der Rolle Marokkos im Zweiten Weltkrieg und der französischen Protektoratsverwaltung 1911-1956 ergab. Konkrete Ausprägung erfuhr diese Verankerung abgesehen von der engen französisch-marokkanischen politischen und militärischen Kooperation in der Einstufung Marokkos als „US security partner“ (neben Tunesien, Ägypten, den Golfstaaten und Israel)<sup>94</sup> durch das *US Department of Defense*, eine Einstufung, die zwar mit Ende des Ost-West-Konflikts weniger bedeutsam, aber noch längst nicht überholt ist. Die enge politische Kooperation mit den USA,<sup>95</sup> noch mehr allerdings mit Frankreich, die sich in vielfältigen und kontinuierlichen hoch- und höchstrangigen Staatsbesuchen (zuletzt im März 2003 Präsident Chirac in Marokko; König Mohammed VI. vom 19.-22. März 2000 auf Staatsbesuch in Paris, letzter Aufenthalt 19. Februar 2003), haben nicht verhindert, dass sich die weltpolitisch interessierte Bevölkerung Marokkos kritisch vor allem mit der internationalen Rolle der USA auseinandersetzt(e). Der hohe Stellenwert panarabischer und panis-

---

<sup>94</sup> Vgl. die Karte des *US Department of Defense* vom Mai 1995, abgedruckt in: Wuqûf 9, Hamburg 1995, S. 112. Der Stützpunkt Kénitra war Teil der US-Luftbrücke in den Nahen Osten; vgl. Karte (Luftbrücke USA), in: ebenda, S. 56.

<sup>95</sup> Es ist daher nicht erstaunlich, dass Marokko eine prominente Rolle in der seit 2002 lancierten *Middle East Partnership Initiative* der USA spielt. Zu Details vgl. die Website der US-Botschaft in Rabat ([www.usembassy.ma/MEPI](http://www.usembassy.ma/MEPI)).

lamischer Themen hat nicht zuletzt wegen des virulenten Nahostkonflikts und dem Vorsitz des Königs im *al-Quds-/Jerusalemkomitee* der *Organisation Islamische Konferenz* dazu geführt, dass sich sowohl die säkularen/säkular orientierten nationalistischen Parteien wie die *Sozialistische Union der Volkskräfte* (USFP) oder die *Istiqlal-Partei* als auch die islamistische Bewegung um die *Partei Gerechtigkeit und Entwicklung* (PJD) und die nicht legalisierte islamistische *Vereinigung Gerechtigkeit und Nächstenliebe* (al-Adl wal-Ihsan) kritisch mit dem für sie offensichtlichen Hegemonialstreben und Dominanzgebaren der USA vor allem seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion auseinandersetzen. Die Parteilichkeit der USA im Nahostkonflikt zugunsten Israels hat so bei spezifischen Anlässen wie der Gewalteskalation im Frühjahr 2002 (Besetzung des palästinensischen Flüchtlingslagers Jenin) oder der „amerikanisch-britischen Aggression gegen den Irak“ zu Großdemonstrationen<sup>96</sup> (u.a. am 30. März 2003 in Rabat), zu Spendensammlungen und zu einem US-Warenboykott geführt,<sup>97</sup> begleitet von äußerst kritischen Berichten über die US-Außenpolitik und ihre „kolonialen Ziele“.<sup>98</sup> „Ce qui se déroule actuellement en Irak est bel et bien une véritable colonisation (...) pour prendre en mains les destinées du pays.“<sup>99</sup> Ein solches Vorgehen ist für die auf Souveränität und das Recht auf Selbstbestimmung bedachten Marokkaner angesichts der eigenen kolonialen Erfahrung inakzeptabel. Die in der Tageszeitung *Aujourd'hui le Maroc* von Mohamed Tozy am 22. Februar 2003 rhetorisch gestellte Frage „Sommes nous anti-américains?“ ist dennoch mit *Nein* zu beantworten, weil es keinen Antiamerikanismus sui generis in Marokko gibt, sondern nur eine themen-/verhaltensbezogene Kritik oder eine ablehnende Position spezifischen außenpolitischen Verhaltens der USA.<sup>100</sup> Allerdings gilt dies nur eingeschränkt für die sich

---

<sup>96</sup> Daneben gab es noch mehrere kleinere Demonstrationen. Ziel waren aber nicht nur die USA, sondern auch Qatar als jener arabische Staat, der mit die wichtigste Rolle beim Aufmarsch des US-Dispositivs gegen den Irak darstellte; vgl. Demonstration vor der qatarischen Botschaft in Rabat am 2. Januar 2003 (AFP, 2.1.2003: Manifestation).

<sup>97</sup> Ein militanter Vorfall mit antiamerikanischer Zielrichtung wurde im Kontext der US-Irakpolitik aus Marrakesch gemeldet, wo Ende September 2002 die McDonalds-Filiale Zielscheibe eines Brandanschlags wurde; am 30. März 2003 kam es zur Plünderung eines McDonalds-Restaurants in Rabat durch Teilnehmer einer Demonstration gegen den Irakkrieg.

<sup>98</sup> Vgl. AFP, 7.4.2003 (Maroc: La presse).

<sup>99</sup> Al Bayane, Casablanca, 7.4.2003.

<sup>100</sup> Hierzu zählt häufig auch der Vorwurf des „Doppelstandards“ in der Bewertung von Aktionen und politischen Zielen (Araber praktizieren „Terrorismus“, Israel hingegen „legitime Selbstverteidigung“; Kritik am arabischen Streben nach Massenvernichtungswaffen, keine Kritik hingegen an Israel, das Massenvernichtungswaffen besitzt usw.). Die Anwendung dieses Doppelstandards wird auch im Hinblick auf amerikanische Menschenrechtsvorwürfe gegenüber arabischen Staaten gesehen, während Isra-

seit den 1980er Jahren formierende islamistische Bewegung, die über diese Aspekte hinaus das westliche Demokratiemodell ebenso wie westlichen Lebensstil als „unislamisch“ ablehnt<sup>101</sup> und sich für die Stärkung der arabisch-islamischen Identität, die Herstellung einer islamischen, auf der Scharia basierenden Ordnung einsetzt. Vollzieht sich dieses ursprünglich von Scheich Abdessalam Yassine,<sup>102</sup> dem geistigen Führer der Vereinigung *al-Adl wal-Ihsan* geprägte und von Saudi-Arabien<sup>103</sup> massiv unterstützte Engagement heute zum Großteil friedlich, u.a. auch im Rahmen der parteilichen und parlamentarischen Arbeit des PJD,<sup>104</sup> so gab es indes – zur Hochzeit des bewaffneten Agierens der *Islamischen Heilsfront* in Algerien – auch in Marokko Mitte der 1990er Jahre Versuche, mit Gewalt einen islamistischen Staat zu gründen. Neben der militanten islamistischen Agitation an den Universitäten waren es im Sommer 1994 drei aus Frankreich eingereiste islamistische Kommandos, die mit Anschlägen auf Touristenziele dieses wichtige Standbein der marokkanischen Wirtschaft treffen wollten, um die islamistische Bewegung von der erwarteten zunehmenden Unzufriedenheit der Bevölkerung und politischen Destabilisierung als Heilsversprecher profitieren zu lassen. Bei einem Anschlag auf das Hotel Atlas-Asni in Marrakesch am 24. August 1994 wurden zwei spanische Touristen erschossen.

Was die westlichen/antiwestlichen Positionen im wirtschaftlichen Bereich anbelangt, so bleiben wie im Fall Tunesiens wegen der seit der Unabhängigkeit praktizierten liberalen Wirtschaftspolitik, die dem privaten Sektor einen großen Freiraum zugesteht, der Abhängigkeit von westlicher Finanz-, Wirtschafts- und Entwicklungshilfe<sup>105</sup> und der politisch gewollten Integration der marokkanischen

---

el von solcher Kritik weitgehend verschont bleibt. Vgl. hierzu beispielhaft al-Asr, Rabat, 28.3.2002 (Le Maroc n'a pas besoin de certificat de bonne conduite).

<sup>101</sup> Dabei wird auch der Kleidungsstil instrumentalisiert, wenngleich der Stellenwert traditioneller Kleidung (u.a. des Kaftan) genauso hoch ist und diese Sparte bereits vor dem Aufkommen des Islamismus in der Gesellschaft verankert war und auch unter Nicht-Islamisten ihre Unterstützer findet. Ein aktuelles Beispiel für das Agieren gegen westlichen Lebensstil ist die massive Kritik an den Miss-Marokko-Wahlen, die als Angriff auf die Ehre der Frauen interpretiert werden. Vgl. AFP, 29.10.2002 (L'élection de Miss Maroc est une insulte à la femme).

<sup>102</sup> Vgl. als Überblick zum Wirken von Yassine Mattes, Hanspeter: Konträre Auslegungen, in: Herder Korrespondenz, Freiburg im Br., Januar 2002, S. 26-31, bes. S. 28 ff. (Yassine: Die Islamisierung der Moderne).

<sup>103</sup> Vgl. Basbous, Antoine: L'Arabie Saoudite en question, Paris 2002, 187 S., bes. S. 146-159 (L'exportation du wahhabisme: le cas du Maroc).

<sup>104</sup> Vgl. die Ausführungen von Mattes, Hanspeter: Auf dem Vormarsch. Die Rolle der Islamisten in Marokko, in: Herder Korrespondenz, Freiburg im Br., Mai 2003, S. 251-255.

<sup>105</sup> Auch in Marokko sind seit Jahren neben der GTZ alle deutschen parteipolitischen Stiftungen engagiert.

Wirtschaft in die Weltwirtschaft für antiwestliche Positionen wenig Spielräume. Tourismus und ausländische Direktinvestitionen benötigen ein positives, bejahendes Umfeld, keine antiwestlichen Ressentiments. Der Erfolg von *Mecca-Cola* des tunesischen Unternehmers Mathlouthi, dessen Verkauf in Marokko am 8. April 2003 offiziell begann und in Kürze auch in Marokko produziert werden soll,<sup>106</sup> ist dabei weniger Resultat einer langfristig verankerten antiamerikanischen Grundhaltung als ein Ventil, um Solidarität mit dem palästinensischen Volk konkret in Form einer guten Tat umzusetzen, sollen doch 10 % des Nettoerlöses für karitative Zwecke u.a. in den Palästinensischen Autonomiegebieten eingesetzt werden. Der Werbeslogan von *Mecca-Cola*: „Ne buvez plus idiot, buvez engagé“ hat so eine Saite angeschlagen, die *Coca-Cola* oder *Pepsi-Cola* nicht bieten kann. Langfristig bleibt der Erfolg angesichts von Nachahmern wie *Arab-Cola* des Marokkaners Gérard le Blanc, *Qibla-Cola* des Engländers Zahida Parveen oder dem Export iranischen *Zam-Zam-Colas* auf den maghrebischen Markt<sup>107</sup> gegenüber dem Weltführer *Coca-Cola* abzuwarten.

Trotz aller politischen Kritik an der US-Außenpolitik im Nahen Osten gegenüber dem Irak und den Palästinensern und den fundamentalen Vorbehalten der Islamisten ist indes der westliche/amerikanische Trend in der marokkanischen Bevölkerung bislang ungebrochen. Dies bezieht sich nicht nur auf die Attraktivität von amerikanischen Life-style-Produkten, die Attraktivität von Kanada und den USA als Migrationsziel (besonders für marokkanische IT-Spezialisten) oder die Vorliebe für westliche Musik und Filme, sondern auch auf die Forschungs- und Sprachenpolitik. So ist die entsprechende Infrastruktur im Wissenschaftsbereich (u.a. das französische IRMC) und im Sprachbereich – neben der bescheidenen Präsenz des *Goethe-Instituts* und der historischen Präsenz der französischen Kulturinstitute eine massive Präsenz von *American Language Centers* u.a. in Rabat, Casablanca, Marrakesch, Agadir und Kénitra sowie die Sprachausbildung an der *American Legation at Tanger* – stark ausgeprägt.

Offenheit nach Westen demonstriert (in dieser Form bislang einmalig im Maghreb) aber auch die von König Hassan II. am 20. September 1993 dekretierte Gründung der *Al Akhawayn University* in Ifrane,<sup>108</sup> deren Unterrichtssprache Englisch ist. Hier werden – wie von König Hassan gewünscht – von einem internatio-

---

<sup>106</sup> Vgl. AFP, 8.4.2003 (La boisson militante Mecca-Cola prochainement produite au Maroc).

<sup>107</sup> Vgl. L'Intelligent/Jeune Afrique, Paris, 2.2.2003 (Soda, business et politique); al-Wasat, London, 3.2.2003 (Mikka-Kula – sharab siyasi).

<sup>108</sup> Vgl. den Text des Dekrets auf der Website der Universität ([www.alakhawayn.ma](http://www.alakhawayn.ma)); dort finden sich auch Angaben zu Gründungsgeschichte, Verwaltungsstruktur, Lehrprogramm usw. Die Universität soll ein „amerikanischer Campus“ auf marokkanischem Territorium sein.

nal besetzten Lehrerkollegium die Akteure des *Marokko von Morgen* ausgebildet.<sup>109</sup>

### **Bilanz**

Ungeachtet der langjährigen Verankerung Marokkos im westlichen Lager und der wirtschaftlichen Öffnung des Landes zum Weltmarkt geben die massiven strukturellen Probleme des Landes (Armut) der islamistischen Bewegung nach wie vor Ansatzpunkte für Kritik an dieser Politik und Ansatzpunkte für die Propagierung des (politischen) Islam als Lösungskonzept und gesellschaftliches Gegenmodell. Die islamistische Bewegung hat in den 1990er Jahren auf der Basis ausgeprägter, zum Großteil vom Ausland finanzierter Sozialarbeit ihre Präsenz verankert und bei innenpolitischen Reformvorhaben (z.B. Modernisierung/Säkularisierung des Personalstatuts) wie internationalen Entwicklungen (in den Palästinensischen Autonomiegebieten, Afghanistan, Irak) antiwestliche bzw. antiamerikanische Positionen bezogen. In Kombination mit Kontakten zum Netzwerk al-Qa'ida hat dies in Einzelfällen zu einer Radikalisierung der islamistischen Bewegung geführt (u.a. Anschläge in Casablanca am 16. Mai 2003).

Das Mobilisierungspotential der Gruppen und Vereinigungen, die ideologisch bedingt eine antiwestliche und antiamerikanische Einstellung propagieren, profitiert von einer als antiarabisch und antiislamisch empfundenen Politik der USA im Nahen Osten bzw. generell im arabisch-islamischen Raum. Auf der Ebene der politischen Eliten um König Mohammed VI. wird in diesem antiwestlichen Diskurs der Islamisten und den damit verbundenen Abschottungstendenzen eine Gefahr für die Entwicklungschancen Marokkos in einer sich globalisierenden Welt gesehen; der Erfolg ihrer Gegenmobilisierung hängt wesentlich von zwei Faktoren ab: Zum einen von der amerikanischen Außenpolitik gegenüber dem arabischen-islamischen Raum und insbesondere gegenüber den Palästinensern/Israel und zum anderen von den entwicklungspolitischen Erfolgen der marokkanischen Regierung, die islamistische Lösungsangebote unattraktiv macht.

### **6. Gesamtbewertung**

Trotz unterschiedlicher struktureller Voraussetzungen und unterschiedlicher historischer Beziehungen zum „Westen“ ist das postkoloniale Verhältnis der Maghrebstaaten insbesondere zu den Staaten der Europäischen Union und zu den USA kein genuin und dogmatisch verfestigtes antiwestliches Verhältnis. Wenn es dennoch in der Vergangenheit in den bilateralen Beziehungen Spannungen und Konflikte gab,

---

<sup>109</sup> Vgl. Stimmungsbericht vom Campus in: Le Monde, Paris, 15.4.2003 (Sur le »campus américain« d'Ifrane).

dann resultierten diese vor dem Hintergrund kolonialer Erfahrung aus dem Eindruck, dass das erkämpfte Gut der nationalen Selbstbestimmung von ausländischen Staatsführungen nicht oder nicht genügend respektiert wird, oder diese Spannungen waren Ergebnis der Wiederherstellung der autochthonen nationalen Identität gemäß dem Motto „Rückkehr zum Ursprung“. Wenn es in dieser Hinsicht zwischen den einzelnen Maghrebstaaten graduelle Unterschiede gab und insbesondere Algerien und Libyen, die beiden Staaten mit Erfahrungen eines längeren antikolonialen Kampfes, sensibler reagierten,<sup>110</sup> so waren doch antiwestliche bzw. antiamerikanische Positionen stets handlungsbezogen, d.h. es handelte sich auf der Ebene der Staatsführungen stets um eine direkte Reaktion auf entsprechende Handlungen und Beschlüsse der europäischen Staaten oder der USA.

Galt und gilt dies im allgemeinen sowohl für die Staatsführungen als auch die Bevölkerung der Maghrebstaaten, so ist dennoch eine Akteurskategorie davon ausgenommen: die islamistische Bewegung mit ihrer in jedem Maghrebstaat unterschiedlichen Zusammensetzung. Unabhängig vom Aspekt ihrer Legalisierung oder ihrer Haltung zum Einsatz von Gewalt als politischem Mittel ist allen Teilgruppen der islamistischen Bewegung eigen, dass ihr jeweils vertretenes Modell einer islamischen Gesellschaft autoritäre, antiplurale Züge trägt, das im Fremden (=Nicht-islamischen) eine Gefahr sieht. Dem Islamismus ist eine antiwestliche Position genuin zu eigen, was nicht ausschloss, dass westliche Staaten in bestimmten Phasen und Situationen Kooperationspartner oder Zielländer für Migration/Asyl<sup>111</sup> von Islamisten sein konnten. Auf die Aktionsebene gehoben bedeutet das, dass die antiwestliche/antiamerikanische Politik eines Staates umso stärker ist, je islamistischer die Staatsführung ist; ein phasenweises oder spezifischen Umständen geschuldetes Kooperationsverhalten gegenüber westlichen Staaten ist – wie das Beispiel Sudan zeigt – dadurch nicht ausgeschlossen.

Unter diesem Blickwinkel betrachtet ist auf Seiten der gegenwärtig amtierenden Staatsführungen der Maghrebstaaten das Potential antiwestlicher Politik als gering einzuschätzen. Dieses Potential ist jedoch hoch unter den Bevölkerungsgruppen, die für ein islamisches Gesellschaftsprojekt eintreten oder mit ihm sympathisieren. Insofern stellen der Zulauf u.a. zur islamistischen Partei PJD in Marokko und die terroristischen islamistischen Gruppen in Algerien die gegenwärtig größte antiwestliche Bedrohung in den Maghrebstaaten dar.

---

<sup>110</sup> Die Ausprägung des politischen Systems als solches hat keinen Einfluss auf den Grad an antiwestlicher/antiamerikanischer Einstellung.

<sup>111</sup> Wie Deutschland z.B. für Rabah Kébir, einen ehemaligen Kader der verbotenen algerischen Islamischen Heilsfront, oder die Söhne des Präsidenten der Islamischen Heilsfront, Abbasi Madani.